

## **REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für Finanzen und Haushalt;

Nach Beratung,

Beschließt:

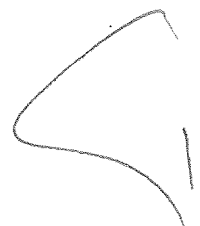
Der Ministerpräsident, zuständig für Finanzen und Haushalt, wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

A handwritten signature or mark, possibly a stylized 'S' or a similar character, located in the bottom right corner of the page.

**DEKRETVORENTWURF ÜBER VERFAHREN ZUR BEILEGUNG VON BESTEUERUNGS-  
STREITIGKEITEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION**

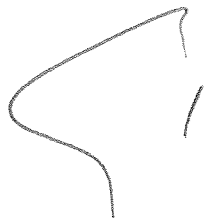
**INHALTSANGABE**

Dieses Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1852 des Rates vom 10. Oktober 2017 über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union.

A handwritten mark, possibly a signature or initials, consisting of a large, stylized 'A' or similar shape with a vertical line to its right.

## INHALTSVERZEICHNIS

|                                 | Seite |
|---------------------------------|-------|
| <b>Begründung</b> .....         | 4     |
| Allgemeine Erläuterungen.....   | 4     |
| Kommentar zu den Artikeln ..... | 4     |
| <b>Vorentwurf</b> .....         | 8     |



## BEGRÜNDUNG

### ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Dieses Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1852 des Rates vom 10. Oktober 2017 über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union, die bis zum 30. Juni 2019 umzusetzen ist.

Die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergibt sich aus Artikel 170 §2 der Verfassung, der lautet:

„Eine Steuer zugunsten der Gemeinschaft oder der Region darf nur durch ein Dekret oder durch eine in Artikel 134 erwähnte Regel eingeführt werden.

Hinsichtlich der in Absatz 1 erwähnten Besteuerungen bestimmt das Gesetz die Ausnahmen, deren Notwendigkeit erwiesen ist.“

Wenn verschiedene Mitgliedstaaten die Bestimmungen von bilateralen Steuerabkommen und Steuerübereinkommen oder des Übereinkommens über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen (90/436/EWG) unterschiedlich auslegen oder anwenden, so kann dies für grenzübergreifend tätige Unternehmen schwerwiegende steuerliche Hindernisse schaffen. Diese Hindernisse bewirken für die Unternehmen eine übermäßige steuerliche Belastung und haben wahrscheinlich wirtschaftliche Verzerrungen und Ineffizienzen sowie nachteilige Auswirkungen auf grenzübergreifende Investitionen und das Wachstum zur Folge.

Deshalb ist es notwendig, dass es in der Union Verfahren gibt, die für eine wirksame Beilegung von Streitigkeiten bezüglich der Auslegung und Anwendung solcher bilateralen Steuerabkommen und des Übereinkommens der Union über die Beseitigung der Doppelbesteuerung, insbesondere der Streitigkeiten, die zur Doppelbesteuerung führen, sorgen.

Es ist möglich, dass mit den derzeit in bilateralen Steuerabkommen und im Übereinkommen der Union über die Beseitigung der Doppelbesteuerung vorgesehenen Verfahren derartige Streitigkeiten nicht in allen Fällen rechtzeitig wirksam beigelegt werden können. Das im Rahmen der Umsetzung des Übereinkommens der Union über die Beseitigung der Doppelbesteuerung durchgeführte Monitoring hat gezeigt, dass es einige erhebliche Unzulänglichkeiten gibt, insbesondere in Bezug auf den Zugang zum Verfahren sowie in Bezug auf seine Dauer und seinen wirksamen Abschluss.

Um ein faireres steuerliches Umfeld zu schaffen, müssen die Transparenzvorschriften verbessert und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung verstärkt werden. Gleichzeitig ist es im Sinne eines fairen Steuersystems erforderlich, zu gewährleisten, dass Streitbeilegungsverfahren umfassend, effektiv und nachhaltig sind. Bessere Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten sind auch notwendig, weil die Gefahr besteht, dass die Zahl der Streitigkeiten über Doppel- oder Mehrfachbesteuerung steigen wird, wobei es auch um sehr hohe Beträge gehen könnte, da die Steuerbehörden regelmäßige und gezieltere Prüfungen durchführen.

### KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

#### Artikel 1

Bei dieser Vorschrift handelt es sich um die sogenannte „Europaklausel“, die auf die Richtlinie 2017/1852 hinweist und zu deren Umsetzung das Dekret dient. Sie setzt insbesondere Artikel 22 §1 Absatz 2 der Richtlinie 2017/1852 um.



## **Artikel 2**

Dieser Artikel beschreibt den Anwendungsbereich des Dekretentwurfs und entspricht Artikel 1 der Richtlinie. Der Dekretentwurf findet auf Streitigkeiten Anwendung, die durch die Auslegung und Anwendung von Abkommen und Übereinkommen entstehen, welche die Beseitigung der Doppelbesteuerung von Einkommen und gegebenenfalls Vermögen vorsehen.

## **Artikel 3**

Diese Vorschrift enthält Begriffsbestimmungen und entspricht Artikel 1 und 2 der Richtlinie. Für die Begriffe „großes Unternehmen“ und „große Gruppe“ wird auf die Richtlinie 2013/34 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates verwiesen.

Was die Definition der zuständigen Behörde Belgiens betrifft, so wird darauf hingewiesen, dass ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und den betroffenen Teilstaaten geschlossen werden kann.

## **Artikel 4**

Diese Vorschrift regelt die Möglichkeit für die betroffene Person, eine Beschwerde über eine Streitigkeit mit der zuständigen belgischen Behörde einzureichen. Diese Bestimmung entspricht Artikel 3 der Richtlinie.

## **Artikel 5**

Dieser Artikel entspricht Artikel 4 der Richtlinie und legt das Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde fest.

## **Artikel 6**

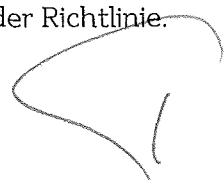
Diese Bestimmung beinhaltet die Regeln betreffend die Entscheidung der zuständigen Behörde über die Beschwerde und entspricht Artikel 5 der Richtlinie.

## **Artikel 7 bis 9**

Diese Artikel behandeln die Streitbeilegung durch den Beratenden Ausschuss. Die betroffene Person kann in spezifischen Fällen darum bitten, dass ein Beratender Ausschuss eingesetzt wird. Die Benennungen durch zuständige Gerichte wird vorgesehen, sollte der Beratende Ausschuss nicht fristgemäß eingesetzt worden sein. Die Regeln zur Zusammensetzung des Beratenden Ausschusses werden ebenfalls vorgesehen. Diese Bestimmungen entsprechen Artikel 6 bis 8 der Richtlinie.

## **Artikel 10**

Dieser Artikel sieht vor, wie die Liste der unabhängigen Personen, die unparteiisch und integer handeln können, erstellt wird. Diese Bestimmung entspricht Artikel 9 der Richtlinie.



Ein Zusammenarbeitsabkommen mit den anderen Teilstaaten könnte in diesem Zusammenhang geschlossen werden.

#### **Artikel 11**

Diese Vorschrift enthält die Regeln zum Ausschuss für alternative Streitbeilegung, dessen Einsetzung die zuständigen Behörden vereinbaren können. Diese Bestimmung entspricht Artikel 10 der Richtlinie.

#### **Artikel 12**

Dieser Artikel regelt die Erstellung der Geschäftsordnung sowohl für den Beratenden Ausschuss als auch für den Ausschuss für alternative Streitbeilegung. Diese Bestimmung entspricht Artikel 11 der Richtlinie.

#### **Artikel 13**

Diese Vorschrift beschreibt die Verfahrenskosten und entspricht Artikel 12 der Richtlinie.

#### **Artikel 14**

Dieser Artikel bestimmt die Regeln betreffend die Nachweise, die dem Beratenden Ausschuss oder dem Ausschuss für alternative Streitbeilegung vorgelegt werden. Diese Bestimmung entspricht Artikel 13 der Richtlinie.

#### **Artikel 15**

Diese Vorschrift befasst sich mit der Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung und entspricht Artikel 14 der Richtlinie.

#### **Artikel 16**

Dieser Artikel behandelt die abschließende Entscheidung durch die zuständigen Behörden, die auf der Grundlage der Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung gefällt wird, und entspricht Artikel 15 der Richtlinie.

#### **Artikel 17**

Diese Bestimmung behandelt die Wechselwirkung mit nationalen Verfahren und Ausnahmen und entspricht Artikel 16 der Richtlinie.

#### **Artikel 18**

Dieser Artikel beinhaltet Sonderbestimmungen für natürliche Personen und kleine Unternehmen und entspricht Artikel 17 der Richtlinie.

#### **Artikel 19**

Diese Bestimmung legt bestimmte Regeln für die Bekanntmachung der abschließenden Entscheidung fest und entspricht Artikel 18 der Richtlinie. Die Kommission erstellt im Wege von Durchführungsrechtsakten Musterformulare für die Übermittlung der in den Para-

grafen 2 und 3 dieses Artikels genannten Informationen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 20 (2) genannten Verfahren erlassen.

Die Einzelheiten zur Kommunikation mit der EU Kommission können in einem Zusammenarbeitsabkommen festgehalten werden.

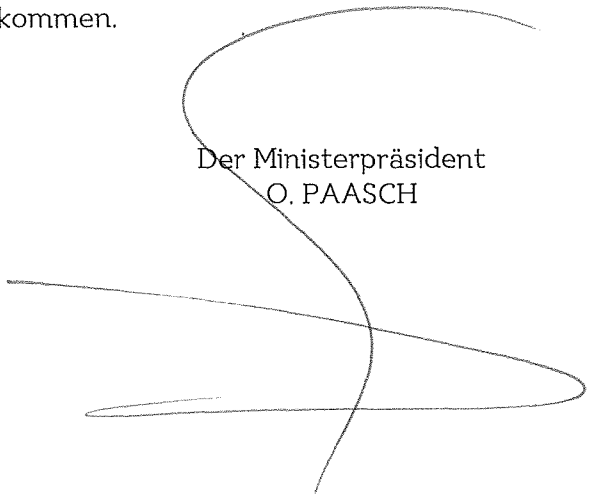
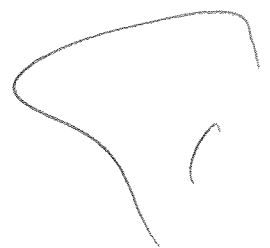
#### **Artikel 20 und 21**

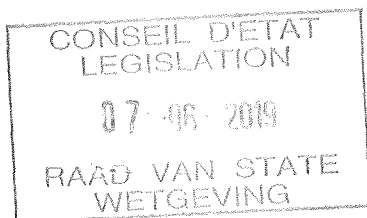
Diese Artikel behandeln die Geheimhaltungspflicht im Zusammenhang mit der Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten gemäß diesem Dekret.

#### **Artikel 22**

Diese Bestimmung legt das Inkrafttreten des Dekrets fest. Sie setzt Artikel 22 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2017/1852 um, wonach die Mitgliedstaaten bis zum 30. Juni 2019 die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft setzen, die erforderlich sind, um der Richtlinie nachzukommen.

Der Ministerpräsident  
O. PAASCH





- 8 - 6 6 3 3 4 / 3

## VORENTWURF

### Dekretvorentwurf über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union

#### **Artikel 1 – Europaklausel**

Dieses Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1852 des Rates vom 10. Oktober 2017 über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union.

#### **Art. 2 – Anwendungsbereich**

Dieses Dekret legt die Regeln und Verfahren fest zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde fest, die durch die Auslegung und Anwendung von Abkommen und Übereinkommen entstehen, welche die Beseitigung der Doppelbesteuerung von Einkommen und gegebenenfalls Vermögen vorsehen.

#### **Art. 3 – Begriffsbestimmungen**

§1 - Für die Anwendung dieses Dekrets versteht man unter:

1. zuständige Behörde: die Behörde, die als solche von Belgien benannt wurde. Der gemäß diesem Dekret tätige zuständige Bedienstete in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gilt bei Bevollmächtigung ebenfalls als zuständige Behörde;
2. zuständiges Gericht: das gemäß Teil III des Gerichtsgesetzbuches zuständige Gericht;
3. ausländische Behörde: die Behörde eines anderen Mitgliedstaats als Belgien, die als zuständige Behörde vom betreffenden Mitgliedstaat benannt wurde;
4. Doppelbesteuerung: die Erhebung von Steuern durch zwei oder mehr Mitgliedstaaten, die unter ein in Artikel 2 genanntes Abkommen oder Übereinkommen fallen, in Bezug auf dasselbe steuerpflichtige Einkommen oder Vermögen, wenn sie entweder zu einer zusätzlichen Steuerbelastung, einer Erhöhung der Steuerverbindlichkeiten oder der Streichung oder Verringerung von Verlusten, die zur Verrechnung mit steuerpflichtigen Gewinnen hätten genutzt werden können, führt;
5. betroffene Person: eine Person, einschließlich einer natürlichen Person, die in einem Mitgliedstaat steuerlich ansässig ist und deren Besteuerung von einer Streitfrage unmittelbar betroffen ist;
6. Streitfrage: die Angelegenheit, die zu einer der in Artikel 2 genannten Streitigkeiten führt;
7. Mitgliedstaat: ein Mitgliedstaat der Europäischen Union;
8. großes Unternehmen: ein großes Unternehmen im Sinne der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates;
9. große Gruppe: eine große Gruppe im Sinne der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates;
10. zuständiger Bediensteter: jeder Bedienstete einer Behörde, der aufgrund dieses Dekrets ermächtigt ist. Die Bediensteten, die an den Mechanismen zur Beilegung von

Steuerstreitigkeiten im Sinne dieses Dekrets beteiligt sind, gelten auf jeden Fall als dazu ermächtigt, dies gemäß den von den zuständigen Behörden festgelegten Modalitäten zu tun.

§2 - Wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, hat jeder in diesem Dekret nicht definierte Begriff die Bedeutung, die ihm zum jeweiligen Zeitpunkt gemäß dem in Artikel 2 genannten einschlägigen Abkommen oder Übereinkommen zukommt, das zum Zeitpunkt des Eingangs der ersten Mitteilung der Maßnahme gilt, die im Ergebnis zu einer Streitfrage geführt hat oder führen wird. In Ermangelung einer Begriffsbestimmung in einem solchen Abkommen oder Übereinkommen haben nicht definierte Begriffe die Bedeutung, die ihnen zum jeweiligen Zeitpunkt für die Zwecke der Steuern zukam, für die das genannte Abkommen oder Übereinkommen gilt, wobei jede Bedeutung gemäß dem geltenden Steuerrecht Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Begriff gemäß anderen Gesetzen hat.

#### **Art. 4 – Beschwerde**

§1 - Jede betroffene Person ist berechtigt, eine Beschwerde über eine Streitfrage bei der zuständigen Behörde einzureichen und um deren Lösung zu ersuchen.

Die Beschwerde ist innerhalb von drei Jahren nach Erhalt der ersten Mitteilung der Maßnahme, die im Ergebnis zu einer Streitfrage führt oder führen wird, einzureichen, unabhängig davon, ob die betroffene Person auf die zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe zurückgreifen kann oder nicht.

Die betroffene Person muss die Beschwerde bei der zuständigen Behörde und bei jeder ausländischen Behörde gleichzeitig und mit den gleichen Angaben einreichen und in der Beschwerde angeben, welche anderen Mitgliedstaaten betroffen sind.

§2 - Die zuständige Behörde bestätigt den Eingang der Beschwerde innerhalb von zwei Monaten nach deren Eingang.

Die zuständige Behörde unterrichtet zudem innerhalb der in Absatz 1 vorgesehenen Frist die ausländische Behörde über diesen Eingang.

Die zuständige Behörde unterrichtet die ausländische Behörde zu diesem Zeitpunkt auch darüber, welche Sprache oder Sprachen sie für ihre Mitteilungen während der maßgeblichen Verfahren verwenden will.

§3 - Die in Paragraph 1 genannte Beschwerde wird nur zugelassen, wenn die betroffene Person, die die Beschwerde einreicht, der zuständigen Behörde folgende Informationen übermittelt:

1. Name, Anschrift, Steueridentifikationsnummer und jegliche sonstige Angaben, die für die Identifikation der betroffenen Person, die die Beschwerde bei der zuständigen Behörde eingereicht hat, und jeder anderen betroffenen Person erforderlich sind;

2. die betroffenen Steuerzeiträume;

3. genaue Angaben zu den maßgeblichen Tatsachen und Umständen des Falls - einschließlich genauer Angaben zur Struktur der Transaktion und zu den Beziehungen zwischen der betroffenen Person und den anderen an den maßgeblichen Transaktionen beteiligten Parteien sowie jegliche Fakten, die in gutem Glauben in einer für beide Seiten verbindlichen Vereinbarung zwischen der betroffenen Person und der Steuerverwaltung festgelegt wurden, soweit dies zutrifft im Einzelnen zur Art und zum Zeitpunkt der zu der Streitfrage führenden Maßnahmen - einschließlich gegebenenfalls genauer Angaben zu demselben im anderen Mitgliedstaat eingegangenen Einkommen und zur Einbeziehung

dieses Einkommens in das steuerpflichtige Einkommen im anderen Mitgliedstaat sowie genauer Angaben zu Steuern auf dieses Einkommen im anderen Mitgliedstaat, die bereits erhoben wurden oder noch erhoben werden - und Angaben zu den entsprechenden Beträgen in den Währungen der betroffenen Mitgliedstaaten, mit Kopien aller Belege;

4. Verweis auf die anzuwendenden nationalen Vorschriften und die in Artikel 2 genannten Abkommen oder Übereinkommen. Wenn mehr als ein Abkommen oder Übereinkommen anwendbar ist, gibt die betroffene Person, die die Beschwerde einreicht, an, welches Abkommen oder Übereinkommen in Bezug auf die maßgebliche Streitfrage ausgelegt wird. Dieses Abkommen oder Übereinkommen ist für die Zwecke dieses Dekrets das anzuwendende Abkommen oder Übereinkommen;

5. folgende Angaben der betroffenen Person, die die Beschwerde bei der zuständigen Behörde eingereicht hat, mit Kopien aller Belege:

a) eine Stellungnahme der betroffenen Person, aus der hervorgeht, aus welchen Gründen ihrer Ansicht nach eine Streitfrage vorliegt;

b) genaue Angaben zu etwaigen von der betroffenen Person eingelegten Rechtsbehelfen oder eingeleiteten Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den maßgeblichen Transaktionen sowie zu allen die Streitfrage betreffenden Gerichtsentscheidungen;

c) eine Erklärung der betroffenen Person, in der diese sich verpflichtet, alle angemessenen Anfragen der zuständigen Behörde oder der ausländischen Behörde so vollständig und so rasch wie möglich zu beantworten und auf Anfrage der zuständigen Behörde oder der ausländischen Behörden alle Unterlagen zu übermitteln;

d) sofern dies sachdienlich ist, eine Kopie der endgültigen Entscheidung über die Steueranveranlagung in Form eines endgültigen Steuerbescheids, der Steuerprüfungsberichte oder anderer vergleichbarer Unterlagen, die zu der Streitfrage führen, sowie eine Kopie aller sonstigen von den Steuerbehörden erstellten Unterlagen im Zusammenhang mit der Streitfrage;

e) Angaben zu jeder von der betroffenen Person eingereichten Beschwerde im Rahmen eines anderen Verständigungs- oder Streitbeilegungsverfahrens, wie in Artikel 17 §5 festgelegt, und eine ausdrückliche Verpflichtung der betroffenen Person, die Bestimmungen des Artikels 17 §5 einzuhalten, sofern einschlägig;

6. alle spezifischen weiteren Informationen, um die die zuständige Behörde ersucht hat und die für die inhaltliche Prüfung des jeweiligen Falls als erforderlich erachtet werden.

§4 - Die zuständige Behörde kann um die in Paragraph 3 Nummer 6 genannten Informationen innerhalb von drei Monaten nach Eingang der Beschwerde ersuchen.

Weitere Informationsersuchen können im Rahmen des Verständigungsverfahrens gemäß Artikel 5 unterbreitet werden, sofern die zuständige Behörde dies als erforderlich erachtet.

Die in Paragraph 3 Nummer 6 genannte Anfrage darf nicht zur Preisgabe eines Geschäfts-, Industrie- oder Berufsgeheimnisses oder eines Betriebsverfahrens führen.

Eine betroffene Person, die ein Ersuchen gemäß Paragraph 3 Nummer 6 erhält, antwortet innerhalb von drei Monaten nach Erhalt des Ersuchens.

Eine Kopie der in Absatz 4 genannten Antwort wird gleichzeitig den ausländischen Behörden übermittelt.

§5 - Die zuständige Behörde trifft innerhalb von sechs Monaten nach Empfang der Beschwerde oder nach Empfang der in Paragraph 3 Nummer 6 genannten Informationen, je nachdem, was später eintrifft, eine Entscheidung über die Zulassung oder Zurückweisung der Beschwerde.



Die zuständige Behörde unterrichtet die betroffene Person und die ausländischen Behörden unverzüglich über ihre Entscheidung.

Die zuständige Behörde kann innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist beschließen, die Streitfrage einseitig ohne Einbeziehung der ausländischen Behörden zu lösen. In diesem Fall teilt die zuständige Behörde der betroffenen Person und den ausländischen Behörden dies unverzüglich mit, woraufhin die Verfahren bezüglich dieser Beschwerde beendet werden.

§6 - Wünscht eine betroffene Person eine Beschwerde zurückzuziehen, so übermittelt sie der zuständigen Behörde und den ausländischen Behörden gleichzeitig eine schriftliche Mitteilung über die Rücknahme.

Durch die in Absatz 1 genannte Mitteilung werden alle Verfahren gemäß diesem Dekret mit sofortiger Wirkung beendet.

Die zuständige Behörde, wenn sie eine in Absatz 1 genannte Mitteilung erhält, unterrichtet die ausländischen Behörden unverzüglich über die Beendigung der Verfahren.

Wird eine Streitfrage aus irgendeinem Grund gegenstandslos, werden alle Verfahren gemäß diesem Dekret mit sofortiger Wirkung beendet und die zuständige Behörde unterrichtet die betroffene Person unverzüglich über den aktuellen Sachstand und die allgemeinen Gründe hierfür.

#### **Art. 5 – Verständigungsverfahren**

§1 - Wenn die zuständige Behörde und die ausländischen Behörden eine in Artikel 4 genannte Beschwerde zulassen, bemühen sie sich darum, die Streitfrage im Verständigungsverfahren innerhalb von zwei Jahren ab der letzten Mitteilung über den Beschluss eines der Mitgliedstaaten, die Beschwerde zuzulassen, zu lösen.

Der in Absatz 1 genannte Zweijahreszeitraum kann auf schriftliches und begründetes Ersuchen der zuständigen Behörde an alle ausländischen Behörden um bis zu ein Jahr verlängert werden.

§2 - Sobald die zuständige Behörde innerhalb des in Paragraf 1 genannten Zeitraums eine Einigung mit den anderen betroffenen Mitgliedstaaten darüber erzielt hat, wie die Streitfrage gelöst werden soll, teilt die zuständige Behörde der betroffenen Person unverzüglich diese Einigung als für die Behörde verbindliche und von der betroffenen Person durchsetzbare Entscheidung mit, sofern die betroffene Person unter entsprechenden Voraussetzungen der Entscheidung zustimmt und auf das Recht auf andere Rechtsbehelfe verzichtet.

Wenn bereits Verfahren bezüglich solcher anderer Rechtsbehelfe eingeleitet wurden, wird die Entscheidung erst verbindlich und durchsetzbar, sobald die betroffene Person der zuständigen Behörde Nachweise dafür vorgelegt hat, dass Maßnahmen getroffen wurden, um diese Verfahren einzustellen. Solche Nachweise müssen spätestens 60 Tage nach dem Zeitpunkt vorgelegt werden, zu dem die in Absatz 1 genannte Entscheidung der betroffenen Person mitgeteilt wurde. Die Entscheidung ist anschließend unabhängig von etwaigen im nationalen Recht vorgeschriebenen Fristen unverzüglich umzusetzen.

§3 - Haben die zuständige Behörde und die ausländischen Behörden innerhalb des in Paragraf 1 genannten Zeitraums keine Einigung darüber erzielt, wie die Streitfrage gelöst werden soll, teilt die zuständige Behörde der betroffenen Person mit, aus welchen allge-

meinen Gründen keine Einigung erzielt wurde.

#### **Art. 6 – Entscheidung der zuständigen Behörde über die Beschwerde**

§1 - Die zuständige Behörde kann entscheiden, eine Beschwerde innerhalb der in Artikel 4 §5 festgelegten Frist zurückzuweisen, wenn:

1. gemäß Artikel 4 §3 erforderliche Informationen fehlen, wozu auch die Informationen zählen, um die gemäß Artikel 4 §3 Nummer 6 ersucht wurde und die nicht innerhalb der in Artikel 4 §4 genannten Frist vorgelegt wurden;
2. keine Streitfrage vorliegt oder;
3. die Beschwerde nicht innerhalb des in Artikel 4 §1 festgelegten Dreijahreszeitraums vorgelegt wurde.

Wenn die betroffene Person gemäß Artikel 4 §5 unterrichtet wird, teilt ihr die zuständige Behörde die allgemeinen Gründe für die in Absatz 1 genannte Zurückweisung mit.

§2 - Hat die zuständige Behörde innerhalb der in Artikel 4 §5 festgelegten Frist keine Entscheidung über die Beschwerde getroffen, so gilt die Beschwerde als von der zuständigen Behörde zugelassen.

§3 - Die betroffene Person ist berechtigt, gegen die Entscheidung der zuständigen Behörde gemäß Artikel 1385decies und 1385undecies des Gerichtsgesetzbuches Klage einzureichen, wenn die zuständige Behörde und alle ausländischen Behörden die Beschwerde zurückgewiesen haben.

Eine betroffene Person, die den in Absatz 1 genannten Rechtsbehelf einlegt, kann keinen Antrag gemäß Artikel 7 §1 Nummer 1 stellen:

1. solange gegen die Entscheidung noch ein Rechtsbehelf anhängig ist;
2. wenn die Entscheidung über die Zurückweisung im Rahmen des Rechtsbehelfsverfahrens der betroffenen Mitgliedstaaten noch weiter angefochten werden kann oder;
3. wenn eine Entscheidung über die Zurückweisung im Rahmen des Rechtsbehelfsverfahrens gemäß Nummer 1 bestätigt wurde, es jedoch in einem der betroffenen Mitgliedstaaten nicht möglich ist, von der Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder anderer Justizbehörden abzuweichen.

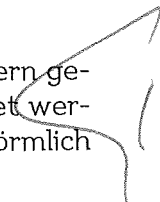
Wurde ein Rechtsbehelf eingelegt, so wird die Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder einer anderen Justizbehörde für die Zwecke von Artikel 7 §1 Nummer 1 berücksichtigt.

#### **Art. 7 – Streitbeilegung durch den Beratenden Ausschuss**

§1 - Die zuständigen Behörden setzen auf Antrag der betroffenen Person einen Beratenden Ausschuss gemäß Artikel 9 ein, wenn:

1. die von dieser betroffenen Person eingereichte Beschwerde gemäß Artikel 6 §1 von mindestens einer, jedoch nicht allen, der zuständigen Behörden zurückgewiesen wurde oder;
2. die zuständigen Behörden die von der betroffenen Person eingereichte Beschwerde zugelassen hatten, jedoch keine Einigung darüber erzielen konnten, wie die Streitfrage innerhalb der in Artikel 5 §1 festgelegten Frist in gegenseitigem Einvernehmen beigelegt werden kann.

Die betroffene Person kann einen in Absatz 1 genannten Antrag nur stellen, sofern gegen eine Zurückweisung gemäß Artikel 6 §1 kein Rechtsbehelfsverfahren eingeleitet werden kann, kein Rechtsbehelfsverfahren anhängig ist, oder die betroffene Person förmlich



auf ihr Recht, einen Rechtsbehelf einzulegen, verzichtet hat. Der Antrag hat eine entsprechende Erklärung zu beinhalten.

Die betroffene Person stellt den Antrag, einen Beratenden Ausschuss einzurichten, in schriftlicher Form spätestens 50 Tage nach dem Datum des Erhalts der Mitteilung gemäß Artikel 4 §5 oder Artikel 5 §3 bzw. 50 Tage nach dem Datum, zu dem die Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder der maßgeblichen Justizbehörde gemäß Artikel 6 §3 ergeht, je nachdem, wie der Fall liegt.

Der Beratende Ausschuss wird spätestens 120 Tage nach dem Eingang eines in Absatz 1 genannten Antrags eingesetzt und nach der Einsetzung des Ausschusses informiert sein Vorsitzender die betroffene Person unverzüglich über die Einsetzung.

§2 - Der gemäß Paragraph 1 Nummer 1 eingesetzte Beratende Ausschuss trifft innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum seiner Einsetzung eine Entscheidung über die Zulassung der Beschwerde.

Er teilt der zuständigen Behörde und den ausländischen Behörden seine in Absatz 1 genannte Entscheidung innerhalb von 30 Tagen, nachdem sie ergangen ist, mit.

Hat der Beratende Ausschuss festgestellt, dass alle Anforderungen gemäß Artikel 4 erfüllt sind, so wird auf Antrag der zuständigen Behörde oder einer der anderen zuständigen Behörden das Verständigungsverfahren gemäß Artikel 5 eingeleitet.

Sollte die zuständige Behörde entscheiden, das in Absatz 3 genannte Verständigungsverfahren einzuleiten, unterrichtet sie den Beratenden Ausschuss, die ausländischen Behörden und die betroffene Person über diesen Antrag.

Die in Artikel 5 §1 festgelegte Frist beginnt ab dem Datum der Mitteilung über die Entscheidung des Beratenden Ausschusses über die Zulassung der Beschwerde.

Hat innerhalb von 60 Tagen ab dem Datum der Mitteilung über die Entscheidung des Beratenden Ausschusses weder die zuständige Behörde noch eine ausländische Behörde die Einleitung des Verständigungsverfahrens beantragt, so gibt der Beratende Ausschuss eine Stellungnahme gemäß Artikel 15 §1 zu der Frage ab, wie die Streitfrage gelöst werden soll. In einem solchen Fall gilt für die Zwecke des Artikels 15 §1, dass der Beratende Ausschuss an dem Tag eingesetzt wurde, an dem die Frist von 60 Tagen verstrichen ist.

### **Art. 8 – Benennungen durch zuständige Gerichte**

§1 - Wird ein Beratender Ausschuss nicht innerhalb der in Artikel 7 §1 festgelegten Frist eingesetzt, so kann die jeweilige betroffene Person ein zuständiges Gericht anrufen, einen Beratenden Ausschuss einzurichten.

Hat die zuständige Behörde nicht mindestens eine unabhängige Person und einen Stellvertreter in dem in Paragraph 2 genannten Zeitraum benannt, so kann die betroffene Person beantragen, dass das zuständige Gericht eine unabhängige Person und einen Stellvertreter aus der in Artikel 10 genannten Liste benennt.

Haben sowohl die zuständige Behörde als auch die ausländischen Behörden dies versäumt, so kann die betroffene Person beantragen, dass das zuständige Gericht die beiden unabhängigen Personen aus der in Artikel 10 genannten Liste benennen.

Diese unabhängigen Personen bestimmen den Vorsitzenden per Losentscheid aus der

Liste der unabhängigen Personen gemäß Artikel 9 §3.

Die betroffenen Personen beantragen die Benennung der unabhängigen Personen und ihrer Stellvertreter in ihren jeweiligen Wohnsitzstaaten, wenn mehr als eine betroffene Person an dem Verfahren beteiligt ist, oder in dem Mitgliedstaat, dessen zuständige Behörden versäumt haben, mindestens eine unabhängige Person und deren Stellvertreter zu benennen, wenn nur eine betroffene Person beteiligt ist.

§2 - Die Benennungen gemäß Paragraf 1 werden erst nach Ablauf der in Artikel 7 §1 genannten Frist von 120 Tagen dem zuständigen Gericht vorgelegt, und zwar innerhalb von 30 Tagen nach Ablauf dieser Frist.

§3 - In den in Paragraf 1 genannten Fällen benennt das zuständige Gericht die unabhängigen Personen gemäß Artikel 1680 §1 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches. Das zuständige Gericht teilt diese Entscheidung der zuständigen Behörde mit, die ihrerseits unverzüglich die ausländischen Behörde unterrichtet.

Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, die es ursprünglich versäumt hat, die unabhängige Person und deren Stellvertreter zu benennen, kann gegen eine Entscheidung des Gerichts oder der einzelstaatlichen benennenden Stelle in jenem Mitgliedstaat Rechtsbehelf einlegen, sofern die zuständige Behörde dazu gemäß nationalem Recht berechtigt ist. Wird sein Antrag abgewiesen, ist der Antragsteller berechtigt, gegen die Entscheidung des Gerichts gemäß den nationalen Verfahrensvorschriften Klage einzureichen.

#### **Art. 9 – Beratender Ausschuss**

§1 - Der in Artikel 7 genannte Beratende Ausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

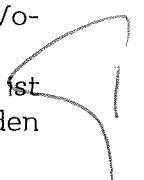
1. ein Vorsitzender,
2. ein Vertreter jeder betroffenen zuständigen Behörde. Kommen die zuständige Behörde und die ausländische Behörde überein, so kann diese Zahl auf zwei Vertreter jeder zuständigen Behörde erhöht werden,
3. eine unabhängige Person, die von jeder zuständigen Behörde der betroffenen Mitgliedstaaten aus der in Artikel 10 genannten Liste ausgewählt wird. Kommen die zuständige Behörde und die ausländischen Behörden überein, so kann diese Zahl auf zwei solche Personen für jede zuständige Behörde erhöht werden.

§2 - Die Vorschriften für die Benennung der in Paragraf 1 Nummer 3 genannten unabhängigen Personen werden von der zuständigen Behörde und den ausländischen Behörden einvernehmlich festgelegt.

Nach der Benennung der unabhängigen Personen wird gemäß den für ihre Benennung geltenden Vorschriften jeweils ein Stellvertreter für den Fall bestimmt, dass die unabhängige Person an der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gehindert ist.

§3 - Wenn die Vorschriften für die Benennung der unabhängigen Personen nicht gemäß Paragraf 2 einvernehmlich festgelegt wurden, erfolgt die Benennung dieser Personen durch Losentscheid.

§4 - Außer in den Fällen, in denen die unabhängigen Personen gemäß Artikel 8 §1 vom zuständigen Gericht benannt wurden, kann die zuständige Behörde die Benennung einer bestimmten unabhängigen Person aus von den betroffenen zuständigen Behörden im Voraus vereinbarten Gründen sowie aus jedem der folgenden Gründe ablehnen:

1. die betreffende Person gehört einer der beteiligten Steuerverwaltungen an oder ist für diese tätig oder befand sich zu irgendeinem Zeitpunkt während der vorhergehenden
- 

drei Jahre in einer solchen Situation;

2. sie hat oder hatte eine wesentliche Beteiligung an oder ein Stimmrecht in einer jeweils betroffenen Person oder ist oder war zu irgendeinem Zeitpunkt während der letzten fünf Jahre vor der Benennung deren Angestellter oder Berater;

3. sie bietet keine hinreichende Gewähr für Unbefangenheit in dem zu schlichtenden Streitfall oder den zu schlichtenden Streitfällen;

4. sie ist Angestellter eines Unternehmens der Steuerberatung oder erteilt auf andere Weise berufsmäßig Steuerberatung oder befand sich zu irgendeinem Zeitpunkt während der letzten drei Jahre vor der Benennung in einer solchen Situation.

§5 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde können verlangen, dass eine unabhängige Person, die gemäß Paragraf 2 oder Paragraf 3 benannt worden ist, oder deren Stellvertreter etwaige Interessen, Beziehungen oder alle sonstigen Angelegenheiten offenlegt, die die Unabhängigkeit oder Unparteilichkeit dieser Person im Verfahren beeinträchtigen oder den begründeten Anschein von Befangenheit erwecken könnten.

Eine dem Beratenden Ausschuss angehörende unabhängige Person darf sich innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, nachdem die Entscheidung des Beratenden Ausschusses ergangen ist, nicht in einer Situation befinden, aufgrund deren, hätte sie sich zum Zeitpunkt der Benennung für denselben Beratenden Ausschuss in dieser Situation befunden, eine zuständige Behörde Einwände gegen ihre Benennung gemäß diesem Paragrafen hätte erheben können.

§6 - Die Vertreter der zuständigen Behörden und die gemäß Paragraf 1 benannten unabhängigen Personen wählen aus der in Artikel 10 genannten Liste von Personen einen Vorsitzenden. Sofern von den genannten Vertretern jeder zuständigen Behörde und den unabhängigen Personen nichts anderes vereinbart wird, wird der Vorsitz von einem Richter wahrgenommen.

#### **Art. 10 – Liste der unabhängigen Personen**

§1 - Die Liste der unabhängigen Personen enthält alle von den Mitgliedstaaten benannten unabhängigen Personen.

Hierfür benennt die Regierung mindestens drei kompetente und unabhängige Personen, die unparteiisch und integer handeln können. Die Regierung kann diesbezüglich ein Zusammenarbeitsabkommen abschließen.

§2 - Die Regierung teilt der Europäischen Kommission die Namen der von ihr benannten unabhängigen Personen mit.

Die Regierung übermittelt der Kommission außerdem vollständige und aktuelle Informationen zum beruflichen und akademischen Werdegang dieser Personen sowie zu deren Fähigkeiten, Fachkenntnissen und eventuellen Interessenkonflikten.

Die Regierung kann in der Mitteilung angeben, welche dieser Personen mit dem Vorsitz betraut werden kann.

§3 - Die Regierung unterrichtet die Europäische Kommission unverzüglich über jede Änderung der Liste der unabhängigen Personen.

Die Regierung richtet Verfahren für die Streichung einer von ihr benannten Person aus der Liste der unabhängigen Personen für den Fall ein, dass diese Person nicht länger unabhängig ist.



Hat die Regierung unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen dieses Artikels berechnete Einwände aufgrund mangelnder Unabhängigkeit gegen eine unabhängige Person aus der oben genannten Liste erheben kann, so teilt sie dies der Europäischen Kommission mit und belegt ihre Bedenken durch entsprechende Nachweise.

Die Europäische Kommission unterrichtet ihrerseits Belgien über die Einwände und Nachweise, die ein anderer Mitgliedstaat gegen die Unabhängigkeit einer unabhängigen Person. Die Regierung überprüft diese Einwände und Nachweise innerhalb von sechs Monaten und entscheidet, ob die betreffende Person auf der Liste belassen oder von ihr gestrichen wird.

Die Regierung setzt dann umgehend die Europäische Kommission von ihrer Entscheidung in Kenntnis.

#### **Art. 11 – Ausschuss für alternative Streitbeilegung**

§1 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde können vereinbaren, einen Ausschuss für alternative Streitbeilegung einzusetzen, der anstelle des in Artikel 9 genannten Beratenden Ausschusses eine Stellungnahme gemäß Artikel 15 zu der Frage abgibt, wie die Streitfrage gelöst werden soll.

Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde können ferner vereinbaren, einen Ausschuss für alternative Streitbeilegung in Form eines Ausschusses mit dem Charakter eines ständigen Gremiums als sogenannten „Ständiger Ausschuss“ einzusetzen.

§2 - Mit Ausnahme der Bestimmungen in Bezug auf die Unabhängigkeit seiner Mitglieder gemäß Artikel 9 §§4 und 5 kann sich der Ausschuss für alternative Streitbeilegung hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Form von dem Beratenden Ausschuss unterscheiden.

Ein Ausschuss für alternative Streitbeilegung kann, soweit dies angemessen ist, jegliche Verfahren oder Techniken zur verbindlichen Streitbeilegung anwenden. Die zuständige Behörde und die ausländischen Behörden können sich darüber einigen, dass der Ausschuss für alternative Streitbeilegung jede andere Art der Streitbeilegung anwenden kann.

§3 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde vereinbaren die Geschäftsordnung des Ausschusses für alternative Streitbeilegung gemäß Artikel 12.

§4 - Die Artikel 13 und 14 gelten für den Ausschuss für alternative Streitbeilegung, sofern in der Geschäftsordnung gemäß Artikel 12 nichts anderes vereinbart wurde.

#### **Art. 12 – Geschäftsordnung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung**

§1 - Die zuständige Behörde übermittelt der betroffenen Person innerhalb der in Artikel 7 §1 festgelegten Frist von 120 Tagen Folgendes:

1. die Geschäftsordnung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung;
2. ein Datum, bis zu dem die Stellungnahme zur Lösung der Streitfrage abzugeben ist;
3. Angaben zu allen anwendbaren Bestimmungen des nationalen Rechts der Mitgliedstaaten und allen anwendbaren Abkommen oder Übereinkünften.

§2 - Die Geschäftsordnung wird von der zuständigen Behörde und den zuständigen

Behörden der an dem Streit beteiligten Mitgliedstaaten unterzeichnet.

In der Geschäftsordnung werden insbesondere folgende Punkte geregelt:

1. Beschreibung der Streitfrage und deren Merkmale;
2. Beschreibung der rechtlichen und faktischen Fragestellungen, auf die sich die zuständige Behörde und die ausländische Behörde geeinigt haben;
3. Form des Streitbeilegungsgremiums, bei dem es sich entweder um einen Beratenden Ausschuss oder einen Ausschuss für alternative Streitbeilegung zu handeln hat, sowie Art des Verfahrens für die alternative Streitbeilegung, wenn dieses vom Verfahren der unabhängigen Stellungnahme, das von einem Beratenden Ausschuss angewandt wird, abweicht;
4. Zeitrahmen für das Streitbeilegungsverfahren;
5. Zusammensetzung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung, einschließlich der Anzahl und der Namen der Mitglieder, Angaben zu deren Kompetenz und Qualifikationen sowie Offenlegung von etwaigen Interessenkonflikten der Mitglieder;
6. Regeln für die Beteiligung der betroffenen Person(en) und von Dritten am Verfahren, Austausch von Schriftsätzen, Informationen und Nachweisen, Kosten, Art des Streitbeilegungsverfahrens und sonstige wichtige verfahrenstechnische oder organisatorische Aspekte;
7. logistische Regelungen für das Verfahren des Beratenden Ausschusses und die Abgabe seiner Stellungnahme.

Wird ein Beratender Ausschuss eingesetzt, um eine Stellungnahme gemäß Artikel 7 §1 Absatz 1 Nummer 1 abzugeben, sind nur die in Artikel 12 §2 Absatz 2 Nummern 1, 4, 5 und 6 genannten Punkte in der Geschäftsordnung festzulegen.

§3 - Wenn die Geschäftsordnung unvollständig ist oder der betroffenen Person nicht übermittelt wurde, kommt die durch die Europäische Kommission festgelegte Standardgeschäftsordnung zur Anwendung.

§4 - Wenn die Geschäftsordnung der betroffenen Person nicht von den zuständigen Behörden gemäß Paragraf 1 und Paragraf 2 übermittelt wurde, ergänzen die unabhängigen Personen und der Vorsitzende die Geschäftsordnung auf der Grundlage der gemäß Paragraf 3 festgelegten Standardgeschäftsordnung und übermitteln sie der betroffenen Person innerhalb von zwei Wochen ab dem Zeitpunkt der Einsetzung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung.

Wenn die unabhängigen Personen und der Vorsitzende keine Einigung über die Geschäftsordnung erzielt oder diese nicht der betroffenen Person übermittelt haben, können die betroffenen Personen sich an das zuständige Gericht gemäß Artikel 1680 des Gerichtsgesetzbuches wenden, um eine Anordnung für die Anwendung der Geschäftsordnung zu erwirken.

### **Art. 13 – Kosten des Verfahrens**

§1 - Außer in den in Paragraf 2 genannten Fällen und sofern die zuständige Behörde und die ausländische Behörde nichts anderes vereinbart haben, werden die folgenden Kosten zu gleichen Teilen von den Mitgliedstaaten getragen:

1. die Auslagen der unabhängigen Personen entsprechend einem Betrag in Höhe des Durchschnitts des üblichen Erstattungsbetrags für hochrangige Beamte der betroffenen Mitgliedstaaten und;
2. gegebenenfalls das Honorar für die unabhängigen Personen in Höhe von höchstens 1.000 Euro pro Person und pro Tag für jeden Sitzungstag des Beratenden Ausschusses

oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung.

Der betroffenen Person entstehende Kosten werden von den Mitgliedstaaten nicht getragen.

§2 - Wenn die betroffene Person

1. eine Mitteilung über die Rücknahme der Beschwerde gemäß Artikel 4 §6 gemacht hat oder

2. nach einer Zurückweisung gemäß Artikel 6 §1 einen Antrag gemäß den Bestimmungen des Artikels 7 §1 gestellt hat und der Beratende Ausschuss befunden hat, dass die jeweils zuständigen Behörden die Beschwerde zu Recht zurückgewiesen haben,

und sofern die zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten zustimmen, werden sämtliche in Paragraf 1 Nummer 1 und 2 genannten Kosten von der betroffenen Person getragen.

#### **Art. 14 – Information, Nachweise und Anhörung**

§1 - Für die Zwecke des in Artikel 7 genannten Verfahrens können die betroffenen Personen, sofern die zuständige Behörde und die ausländische Behörde zustimmen, dem Beratenden Ausschuss oder dem Ausschuss für alternative Streitbeilegung jegliche Informationen, Nachweise oder Unterlagen vorlegen, die für die Entscheidung relevant sein könnten.

Die betroffenen Personen und die zuständige Behörde legen dem Beratenden Ausschuss oder dem Ausschuss für alternative Streitbeilegung auf Anfrage alle Informationen, Nachweise oder Unterlagen vor.

Die zuständige Behörde kann sich jedoch in folgenden Fällen weigern, dem Beratenden Ausschuss Informationen vorzulegen:

1. die Erlangung der Informationen erfordert die Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen, die gegen nationales Recht verstoßen;
2. die Informationen können gemäß dem nationalem Recht nicht beschafft werden;
3. die Informationen betreffen Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisse oder ein Geschäftsverfahren;
4. die Preisgabe der Informationen widerspricht der öffentlichen Ordnung.

§2 - Die betroffenen Personen können auf eigenen Antrag und mit Zustimmung der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde vor einem Beratenden Ausschuss oder einem Ausschuss für alternative Streitbeilegung erscheinen oder sich vertreten lassen.

Auf Aufforderung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung müssen die betroffenen Personen oder ihre Vertreter vor dem Ausschuss erscheinen.

#### **Art. 15 – Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung**

§1 - Ein Beratender Ausschuss oder ein Ausschuss für alternative Streitbeilegung gibt seine Stellungnahme an die zuständige Behörde und die ausländische Behörde spätestens sechs Monate nach dem Datum seiner Einsetzung ab.

Ist nach Auffassung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung die Streitfrage so beschaffen, dass die Abgabe einer Stellungnahme mehr



als sechs Monate in Anspruch nehmen wird, so kann die in Absatz 1 genannte Frist um drei Monate verlängert werden.

Der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung setzt die zuständige Behörde, die ausländische Behörde und die betroffenen Personen über diese Verlängerung in Kenntnis.

§2 - Der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung stützt sich bei der Abfassung seiner Stellungnahme auf das anwendbare Abkommen oder Übereinkommen gemäß Artikel 2 sowie auf etwaige anwendbare nationale Vorschriften und die ähnlichen Rechtsvorschriften des anderen betroffenen Mitgliedstaates..

§3 - Der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung gibt seine Stellungnahme mit der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder ab.

Kommt keine Mehrheit zustande, entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende übermittelt die Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung den zuständigen Behörden.

#### **Art. 16 – Abschließende Entscheidung**

§1 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde einigen sich innerhalb von sechs Monaten nach Übermittlung der Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung darüber, wie die Streitfrage zu lösen ist.

§2 - Die zuständige Behörde kann, in Übereinstimmung mit der ausländischen Behörde, eine von der Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung abweichende Entscheidung treffen. Erzielen sie jedoch keine Einigung über die Lösung der Streitfrage, sind sie an diese Stellungnahme gebunden.

§3 - Die zuständige Behörde teilt der betroffenen Person die abschließende Entscheidung über die Lösung der Streitfrage unverzüglich mit.

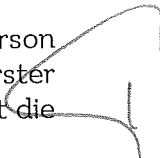
Wird diese Entscheidung nicht innerhalb von 30 Tagen, nachdem die Entscheidung getroffen wurde, mitgeteilt, kann die betroffene Person in ihrem Wohnsitzmitgliedstaat gemäß den geltenden nationalen Vorschriften Rechtsbehelf einlegen, um die abschließende Entscheidung zu erhalten.

§4 - Die abschließende Entscheidung ist für die betroffenen Mitgliedstaaten verbindlich, stellt jedoch keinen Präzedenzfall dar.

Die abschließende Entscheidung wird umgesetzt, sofern die betroffenen Personen innerhalb von 60 Tagen ab dem Zeitpunkt, zu dem die abschließende Entscheidung mitgeteilt wurde, der abschließenden Entscheidung zustimmen und gegebenenfalls auf das Recht auf jegliche innerstaatliche Rechtsbehelfe verzichten.

Die endgültige Entscheidung wird nicht umgesetzt, sollte ein Urteil oder eine Entscheidung feststellen, dass der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung nicht ausreichend unabhängig gewesen ist, gemäß Artikel 9 §§4 und 5.

Wurde die abschließende Entscheidung nicht umgesetzt, kann die betroffene Person gemäß Artikel 1385decies und 1385undecies des Gerichtsgesetzbuchs beim Gericht erster Instanz Klage erheben, der die abschließende Entscheidung nicht umgesetzt hat, damit die



Umsetzung der abschließenden Entscheidung durchgesetzt wird.

**Art. 17 – Wechselwirkung mit nationalen Verfahren und Ausnahmen**

§1 - Die betroffene Person kann auf die in diesem Dekret vorgesehenen Verfahren zurückzugreifen, auch wenn ein Steuerbescheid endgültig wird.

§2 - Die Vorlage einer Streitfrage im Rahmen des Verständigungsverfahrens gemäß Artikel 5 oder des Streitbeilegungsverfahrens gemäß Artikel 7 hindert die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht daran, Gerichtsverfahren oder Verwaltungs- und Strafverfahren in derselben Angelegenheit einzuleiten oder fortzusetzen.

§3 - Hat die betroffene Person ein Rechtsbehelfsverfahren eingeleitet, beginnen die Fristen gemäß Artikel 4 §5 beziehungsweise gemäß Artikel 5 §1 ab dem Tag, an dem ein in diesem Verfahren ergangenes Urteil rechtskräftig wurde oder dieses Verfahren anders endgültig zum Abschluss gebracht oder das Verfahren ausgesetzt wurde.

§4 - Hat das zuständige Gericht ein rechtskräftiges Urteil über eine Streitfrage gefällt und darf die Deutschsprachige Gemeinschaft von der Entscheidung nicht abweichen, teilt die zuständige Behörde den anderen zuständigen Behörden das Urteil mit und:

1. die Tatsache, dass das Verständigungsverfahren gemäß Artikel 5 ab dem Tag dieser Mitteilung zu beenden ist, falls bis zu diesem Datum keine Einigung über die Streitfrage erzielt wurde;

2. die betroffene Person kann sich nicht mehr auf Artikel 7 §1 berufen, wenn die Streitfrage während des in Artikel 5 genannten Verfahrens des Verständigungsverfahrens nicht beigelegt wurde;

3. das Streitbeilegungsverfahren gemäß Artikel 7 ist zu beenden, falls die Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder einer anderen Justizbehörde zu einem Zeitpunkt erging, nachdem eine betroffene Person einen Antrag gemäß Artikel 7 §1 gestellt hat, jedoch bevor der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung den zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten seine Stellungnahme gemäß Artikel 15 übermittelt hat. In diesem Fall hat die zuständige Behörde die ausländischen Behörden und den Beratenden Ausschuss oder den Ausschuss für alternative Streitbeilegung von der Wirksamkeit der Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder der maßgeblichen anderen Justizbehörde in Kenntnis zu setzen.

§5 - Durch das Einreichen einer Beschwerde gemäß Artikel 4 wird jedes andere laufende Verfahren nach dem Verständigungsverfahren oder Streitbeilegungsverfahren gemäß einem Abkommen oder Übereinkommen, das im Zusammenhang mit der relevanten Streitfrage ausgelegt oder angewandt wird, beendet. Dieses andere laufende Verfahren im Zusammenhang mit der relevanten Streitfrage endet mit Wirkung ab dem Tag des erstmaligen Eingangs der Beschwerde bei einer der zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten.

§6 - Abweichend von Artikel 7 kann die zuständige Behörde den Zugang zu dem Streitbeilegungsverfahren gemäß demselben Artikel verweigern, wenn in der internen Rechtsordnung wegen Steuerbetrug, vorsätzlicher Nichterfüllung und grober Fahrlässigkeit Strafen im Zusammenhang mit den berechtigten Einkommen oder Vermögen verhängt wurden. Wurden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren eingeleitet, die möglicherweise zu entsprechenden Strafen führen können, und werden diese Verfahren gleichzeitig mit einem der Verfahren gemäß diesem Dekret durchgeführt, so kann die zuständige Behörde die Verfahren gemäß diesem Dekret ab dem Zeitpunkt der Zulassung der Beschwerde bis zum Zeitpunkt der Beendigung jener Verfahren aussetzen.



§7 - Die zuständige Behörde kann im Einzelfall den Zugang zum Streitbeilegungsverfahren gemäß Artikel 7 verweigern, falls es bei einer Streitfrage nicht um Doppelbesteuerung geht. In einem solchen Fall informiert die zuständige Behörde unverzüglich die betroffene Person und die ausländischen Behörden.

### **Art. 18 – Sonderbestimmungen für natürliche Personen und kleinere Unternehmen**

§1 - Die betroffene Person kann die Beschwerde, die Antwort auf ein Ersuchen um zusätzliche Informationen, die Rücknahme oder den Antrag gemäß Artikel 4 §1, Artikel 4 §4, Artikel 4 §6 bzw. Artikel 7 §1 (im Folgenden „Benachrichtigungen“) abweichend von diesen Bestimmungen nur dann an die zuständige Behörde oder die ausländische Behörde des Staates, in dem die betroffene Person ihren Wohnsitz hat, einreichen, sofern es sich bei der betroffenen Person entweder um:

1. eine natürliche Person oder
2. nicht um ein großes Unternehmen handelt und sie nicht Teil einer großen Gruppe ist.

Die zuständige Behörde teilt der ausländischen Behörde dies innerhalb von zwei Monaten nach Eingang dieser Benachrichtigungen mit. Sobald diese Mitteilung erfolgt ist, gilt die Benachrichtigung der betreffenden Person zum Zeitpunkt dieser Mitteilung als an alle betroffenen Mitgliedstaaten übermittelt.

§2 - In Bezug auf zusätzliche Informationen gemäß Artikel 4 §4 gilt, dass die zuständige Behörde, bei der die zusätzlichen Informationen eingegangen sind, der ausländischen Behörde eine Kopie zu übermitteln hat. Sobald diese Übermittlung erfolgt ist, gelten die zusätzlichen Informationen als allen betroffenen Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt des Eingangs der Informationen zugegangen.

### **Art. 19 – Bekanntmachung**

§1 - Beratende Ausschüsse und Ausschüsse für alternative Streitbeilegung geben ihre in Artikel 15 genannten Stellungnahmen schriftlich ab.

§2 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde können die Veröffentlichung des gesamten Wortlauts der in Artikel 16 genannten abschließenden Entscheidungen vorbehaltlich des Einverständnisses aller betroffenen Personen vereinbaren.

§3 - Ist eine der zuständigen Behörden oder eine betroffene Person nicht mit der Veröffentlichung des gesamten Wortlauts der abschließenden Entscheidung einverstanden, veröffentlichen die zuständigen Behörden eine Zusammenfassung der abschließenden Entscheidung.

Diese Zusammenfassung hat eine Beschreibung des Sachverhalts und des Streitgegenstands, das Datum, die betroffenen Steuerzeiträume, die Rechtsgrundlage, den Wirtschaftsbereich sowie eine Kurzbeschreibung des Endergebnisses zu enthalten. Die Art des Schiedsverfahrens ist ebenfalls anzugeben.

Die zuständige Behörde übermittelt die gemäß Absatz 1 zu veröffentlichenden Informationen vor ihrer Veröffentlichung der betroffenen Person. Spätestens 60 Tage ab dem Eingang dieser Informationen kann die betroffene Person bei der zuständigen Behörde beantragen, keine Informationen hinsichtlich Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnissen oder Geschäftsverfahren oder Informationen, die der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufen, zu veröffentlichen.

§4 - Die zuständige Behörde übermittelt der europäischen Kommission unverzüglich die



gemäß Paragraf 3 zu veröffentlichenden Informationen.

**Art. 20 – Geheimhaltungspflicht**

§1 - Die Mitglieder eines beratenden Ausschusses oder eines Ausschusses für alternative Streitbeilegung haben die Informationen, die sie als Mitglieder eines beratenden Ausschusses oder eines Ausschusses für alternative Streitbeilegung erhalten, streng vertraulich zu behandeln.

§2 - Die betroffene Person und ihr Vertreter behandeln alle Informationen, einschließlich der Kenntnis der Dokumente, die sie im Laufe des Verfahrens erhalten, vertraulich.

Auf Antrag der zuständigen Behörde erklären die betroffene Person und ihr Vertreter, dass sie alle Informationen, einschließlich der Kenntnis der Dokumente, die sie im Laufe des Verfahrens erhalten, vertraulich.

**Art. 21 – Verletzung der Geheimhaltungspflicht**

Die Verletzung der in Artikel 20 vorgesehenen Geheimhaltungspflicht wird gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches geahndet.

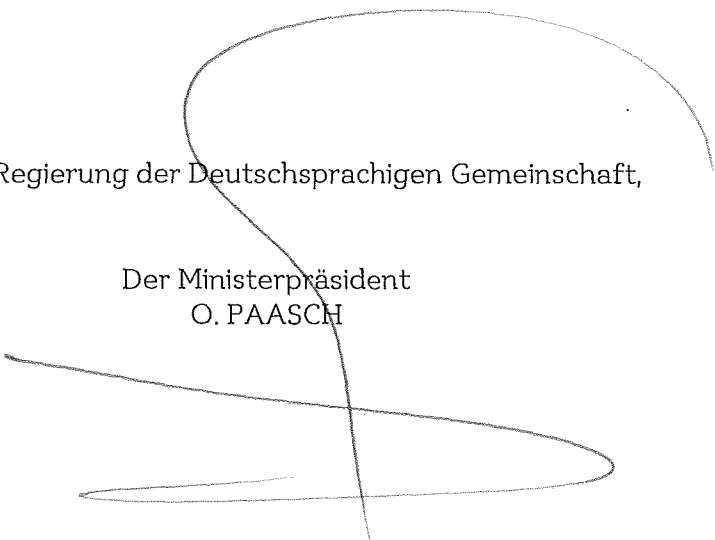
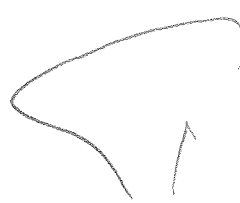
**Art. 22 – Inkrafttreten**

Vorliegendes Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2019 in Kraft für Streitigkeiten über Erträge oder Kapital, die in einem Einkommensjahr erzielt wurden, das am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident  
O. PAASCH



# UMSETZUNGSTABELLEN

| Bestimmungen in der<br>Richtlinie (EU) 2017/1852 | Bestimmungen im<br>vorliegenden Dekret |
|--------------------------------------------------|----------------------------------------|
| Artikel 1                                        | Artikel 2                              |
| Artikel 2                                        | Artikel 3                              |
| Artikel 3                                        | Artikel 4                              |
| Artikel 4                                        | Artikel 5                              |
| Artikel 5                                        | Artikel 6                              |
| Artikel 6                                        | Artikel 7                              |
| Artikel 7                                        | Artikel 8                              |
| Artikel 8                                        | Artikel 9                              |
| Artikel 9                                        | Artikel 10                             |
| Artikel 10                                       | Artikel 11                             |
| Artikel 11                                       | Artikel 12                             |
| Artikel 12                                       | Artikel 13                             |
| Artikel 13 (1) und (2)                           | Artikel 14                             |
| Artikel 13 (3)                                   | Artikel 20 und 21                      |
| Artikel 14                                       | Artikel 15                             |
| Artikel 15                                       | Artikel 16                             |
| Artikel 16                                       | Artikel 17                             |
| Artikel 17                                       | Artikel 18                             |
| Artikel 18 (1) bis (3) und (5)                   | Artikel 19 §1 bis §4                   |
| Artikel 18 (4)                                   | Bedarf keiner Umsetzung                |
| Artikel 19                                       | Bedarf keiner Umsetzung                |
| Artikel 20                                       | Bedarf keiner Umsetzung                |
| Artikel 21                                       | Bedarf keiner Umsetzung                |
| Artikel 22                                       | Bedarf keiner Umsetzung                |
| Artikel 23 Absatz 1                              | Bedarf keiner Umsetzung                |
| Artikel 23 Absatz 2                              | Artikel 22                             |
| Artikel 24                                       | Bedarf keiner Umsetzung                |

| Bestimmungen im<br>vorliegenden Dekret | Bestimmungen in der<br>Richtlinie (EU) 2017/1852 |
|----------------------------------------|--------------------------------------------------|
| Artikel 1                              | -                                                |
| Artikel 2                              | Artikel 1                                        |
| Artikel 3                              | Artikel 2                                        |
| Artikel 4                              | Artikel 3                                        |
| Artikel 5                              | Artikel 4                                        |
| Artikel 6                              | Artikel 5                                        |
| Artikel 7                              | Artikel 6                                        |
| Artikel 8                              | Artikel 7                                        |
| Artikel 9                              | Artikel 8                                        |
| Artikel 10                             | Artikel 9                                        |
| Artikel 11                             | Artikel 10                                       |
| Artikel 12                             | Artikel 11                                       |
| Artikel 13                             | Artikel 12                                       |
| Artikel 14                             | Artikel 13 (1) und (2)                           |
| Artikel 15                             | Artikel 14                                       |
| Artikel 16                             | Artikel 15                                       |
| Artikel 17                             | Artikel 16                                       |

|            |                                |
|------------|--------------------------------|
| Artikel 18 | Artikel 17                     |
| Artikel 19 | Artikel 18 (1) bis (3) und (5) |
| Artikel 20 | Artikel 13 (3)                 |
| Artikel 21 | Artikel 13 (3)                 |
| Artikel 22 | Artikel 23 Absatz 2            |



## **REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Financiën en Begroting;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister-President, bevoegd voor Financiën en Begroting, is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET BETREFFENDE MECHANISMEN TER BESLECHTING VAN  
BELASTINGGESCHILLEN IN DE EUROPESE UNIE**

**INHOUD**

Dit decreet voorziet in de omzetting van de Richtlijn (EU) 2017/1852 van de Raad van 10 oktober 2017 betreffende mechanismen ter beslechting van belastinggeschillen in de Europese Unie.

## INHOUD

|                                      | Pagina |
|--------------------------------------|--------|
| <b>Memorie van toelichting</b> ..... | 4      |
| Algemene toelichting.....            | 4      |
| Bespreking van de artikelen .....    | 4      |
| <b>Voorontwerp</b> .....             | 8      |

## MEMORIE VAN TOELICHTING

### ALGEMENE TOELICHTING

Dit decreet voorziet in de omzetting van de richtlijn (EU) 2017/1852 van de Raad van 10 oktober 2017 betreffende mechanismen ter beslechting van belastinggeschillen in de Europese Unie; die richtlijn behoort te worden omgezet tegen 30 juni 2019.

De bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vloeit voort uit artikel 170, § 2, van de Grondwet, dat als volgt luidt:

"Geen belasting ten behoeve van de gemeenschap of het gewest kan worden ingevoerd dan door een decreet of een in artikel 134 bedoelde regel.

De wet bepaalt ten aanzien van de in het eerste lid bedoelde belastingen, de uitzonderingen waarvan de noodzakelijkheid blijkt."

Situaties waarin verschillende lidstaten de bepalingen van bilaterale belastingovereenkomsten en -verdragen of het Verdrag ter afschaffing van dubbele belasting in geval van winstcorrecties tussen verbonden ondernemingen (90/436/EEG) op een verschillende wijze uitleggen of toepassen, kunnen ernstige fiscale belemmeringen vormen voor ondernemingen die over de grenzen heen actief zijn. Dergelijke belemmeringen leiden tot een buitensporige belastingdruk op ondernemingen en er is een reëel risico dat zij economische verstoringen en inefficiënties veroorzaken en negatieve gevolgen hebben voor grensoverschrijdende investeringen en de groei.

Om die reden is het noodzakelijk dat er in de Unie mechanismen zijn die zorgen voor de doeltreffende beslechting van geschillen betreffende de uitleg en de toepassing van dergelijke bilaterale belastingverdragen en van het arbitrageverdrag van de Unie, en met name van geschillen die tot dubbele belasting leiden.

De mechanismen waarin bilaterale belastingverdragen en het arbitrageverdrag van de Unie momenteel voorzien, leiden mogelijk niet in alle gevallen tot een doeltreffende beslechting van dergelijke geschillen binnen een redelijke termijn. De monitoring die in het kader van de tenuitvoerlegging van het arbitrageverdrag van de Unie heeft plaatsgevonden, heeft een aantal belangrijke tekortkomingen aan het licht gebracht, met name wat de toegang tot de procedure en wat de duur en de effectieve sluiting van de procedure betreft.

Om tot een eerlijker belastingklimaat te komen, moeten de transparantieregels worden verbeterd en de maatregelen ter bestrijding van belastingontwijking worden versterkt. Tegelijkertijd is het in de geest van een eerlijk belastingstelsel noodzakelijk dat ervoor wordt gezorgd dat geschilbeslechtingsmechanismen alomvattend, effectief en duurzaam zijn. In de mechanismen ter beslechting van geschillen moeten ook verbeteringen worden aangebracht om in te spelen op het risico dat er alsmaar meer geschillen over dubbele of meervoudige belasting zullen rijzen, waarmee mogelijk grote bedragen zijn gemoeid, omdat belastingdiensten regelmatig en doelgericht controles uitvoeren.

### BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

#### **Artikel 1**

Deze bepaling bevat de zogenoemde 'Europese clause' met verwijzing naar richtlijn 2017/1852 die bij het decreet wordt omgezet. Ze zet inzonderheid artikel 22, lid 1, tweede alinea, van richtlijn 2017/1852 om.

## **Artikel 2**

Dit artikel beschrijft het toepassingsgebied van het ontwerp van decreet en stemt overeen met artikel 1 van de richtlijn. Het ontwerp van decreet is van toepassing op geschillen die ontstaan naar aanleiding van de uitleg en toepassing van overeenkomsten en verdragen die voorzien in de afschaffing van dubbele belasting op inkomsten en, waar van toepassing, op vermogen.

## **Artikel 3**

Deze bepaling bevat definities en stemt overeen met de artikelen 1 en 2 van de richtlijn. Voor de begrippen 'grote onderneming' en 'grote groep' wordt verwezen naar de richtlijn 2013/34 van het Europees Parlement en de Raad van 26 juni 2013 betreffende de jaarlijkse financiële overzichten, geconsolideerde financiële overzichten en aanverwante verslagen van bepaalde ondernemingsvormen, tot wijziging van Richtlijn 2006/43/EG van het Europees Parlement en de Raad en tot intrekking van Richtlijnen 78/660/EEG en 83/349/EEG van de Raad.

Wat de definitie van het begrip 'bevoegde autoriteit' voor België betreft, wordt erop gewezen dat een samenwerkingsakkoord kan worden gesloten tussen de Federale Staat en de betrokken deeltentiteiten.

## **Artikel 4**

Deze bepaling regelt de mogelijkheid om als belanghebbende een klacht in te dienen met betrekking tot een geschil met de autoriteit die voor België bevoegd is. Deze bepaling stemt overeen met artikel 3 van de richtlijn.

## **Artikel 5**

Dit artikel stemt overeen met artikel 4 van de richtlijn en bepaalt de procedure voor onderling overleg na aanvaarding van de klacht.

## **Artikel 6**

Deze bepaling bevat de regels voor het besluit van de bevoegde autoriteit betreffende de klacht en stemt overeen met artikel 5 van de richtlijn.

## **Artikel 7 tot 9**

Deze artikelen betreffen de geschilbeslechting door de raadgevende commissie. In specifieke gevallen kan op verzoek van de belanghebbende een raadgevende commissie worden ingesteld. Als de raadgevende commissie niet binnen de gestelde termijn werd ingesteld, wordt voorzien in benoemingen door bevoegde rechtbanken. Ook de samenstelling van de raadgevende commissie is in regels gegoten. Deze bepalingen stemmen overeen met de artikel 6 tot 8 van de richtlijn.

## **Artikel 10**

dit artikel bepaalt hoe de lijst van vooraanstaande onafhankelijke personen wordt opgesteld; die personen zijn in staat onpartijdig en integer te handelen. Deze bepaling stemt overeen met artikel 9 van de richtlijn.

In dat verband zou een samenwerkingsakkoord kunnen worden gesloten met de andere deeltentiteiten.

#### **Artikel 11**

Deze bepaling bevat de regels betreffende de commissie voor alternatieve geschilbeslechting; de bevoegde autoriteiten kunnen overeenkomen om zo'n commissie in te stellen. Deze bepaling stemt overeen met artikel 10 van de richtlijn.

#### **Artikel 12**

In dit artikel wordt het opstellen van de werkingsregels geregeld, zowel voor de raadgevende commissie als voor de commissie voor alternatieve geschilbeslechting. Deze bepaling stemt overeen met artikel 11 van de richtlijn.

#### **Artikel 13**

Dit artikel beschrijft de kosten van de procedurehandelingen en stemt overeen met artikel 12 van de richtlijn.

#### **Artikel 14**

Dit artikel bepaalt de regels betreffende de bewijzen die aan de raadgevende commissie of aan de commissie voor alternatieve geschilbeslechting worden verstrekt. Deze bepaling stemt overeen met artikel 13 van de richtlijn.

#### **Artikel 15**

Deze bepaling betreft het advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting en stemt overeen met artikel 14 van de richtlijn.

#### **Artikel 16**

Dit artikel betreft het eindbesluit van de bevoegde autoriteiten dat genomen wordt op basis van het advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting; dit artikel stemt overeen met artikel 15 van de richtlijn.

#### **Artikel 17**

Deze bepaling betreft de wisselwerking met nationale procedures en afwijkingen en stemt overeen met artikel 16 van de richtlijn.

#### **Artikel 18**

Dit artikel bevat bijzondere bepalingen voor natuurlijke personen en kleine ondernemingen en stemt overeen met artikel 17 van de richtlijn.

#### **Artikel 19**

In dit artikel worden bepaalde regels voor de openbaarmaking van het eindbesluit vastgelegd; dit artikel stemt overeen met artikel 18 van de richtlijn. De Commissie stelt door middel van uitvoeringshandelingen standaardformulieren vast voor de mededeling van de informatie bedoeld in de paragrafen 2 en 3 van dit artikel. Die uitvoeringshandelingen worden vastgesteld volgens de procedure vermeld in artikel 20, lid 2, van de richtlijn.

De nadere regels voor de communicatie met de Europese Commissie kunnen in een samenwerkingsakkoord worden vastgelegd.

#### **Artikel 20 en 21**

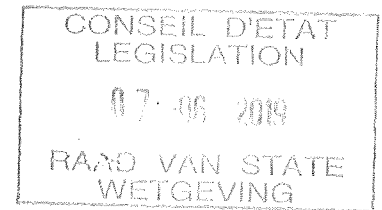
Deze artikelen betreffen de geheimhoudingsplicht in samenhang met de beslechting van belastinggeschillen overeenkomstig dit decreet.

#### **Artikel 22**

Dit artikel bepaalt de inwerkingtreding van het decreet. Het voorziet in de omzetting van artikel 22, lid 1, eerste alinea, van de Richtlijn 2017/1852, waarin staat dat de lidstaten uiterlijk op 30 juni 2019 de nodige wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen vaststellen om aan deze richtlijn te voldoen en die bepalingen bekendmaken.

De Minister-President  
O. PAASCH

## VOORONTWERP

**Voorontwerp van decreet betreffende mechanismen ter beslechting van belastinggeschillen in de Europese Unie****Artikel 1 - Europese clause**

Dit decreet voorziet in de omzetting van de Richtlijn (EU) 2017/1852 van de Raad van 10 oktober 2017 betreffende mechanismen ter beslechting van belastinggeschillen in de Europese Unie.

**Art. 2 – Toepassingsgebied**

Bij dit decreet worden de voorschriften en mechanismen vastgesteld ter beslechting van geschillen tussen de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit welke ontstaan naar aanleiding van de uitleg en toepassing van overeenkomsten en verdragen die voorzien in de afschaffing van dubbele belasting op inkomsten en, waar van toepassing, op vermogen.

**Art. 3 – Definities**

§ 1 – Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° bevoegde autoriteit: de autoriteit die als zodanig door België is aangewezen. In geval van delegatie wordt het overeenkomstig dit decreet werkzame bevoegde personeelslid in de Duitstalige Gemeenschap ook als bevoegde autoriteit beschouwd;

2° bevoegde rechtbank: de overeenkomstig deel III van het Gerechtelijk Wetboek bevoegde rechtbank;

3° buitenlandse autoriteit: de autoriteit van een andere lidstaat dan België die door de betrokken lidstaat als bevoegde autoriteit is aangewezen;

4° dubbele belasting: de heffing door twee of meer lidstaten van belastingen die onder een overeenkomst of verdrag als bedoeld in artikel 2 vallen, op dezelfde belastbare inkomsten of hetzelfde belastbare vermogen wanneer zulks aanleiding geeft tot een additionele belastingheffing, een toename van de belastingverplichtingen of de annulering of vermindering van verliezen die met belastbare winst kunnen worden verrekend;

5° belanghebbende: elke persoon, met inbegrip van een natuurlijke persoon, die een fiscaal ingezetene is van een lidstaat en voor wiens belastingheffing het geschilpunt rechtstreekse gevolgen heeft;

6° geschilpunt: de aangelegenheid die aanleiding geeft tot een van de geschillen als bedoeld in artikel 2;

7° lidstaat: een lidstaat van de Europese Unie;

8° grote onderneming: een grote onderneming in de zin van de richtlijn 2013/34/EU van het Europees Parlement en de Raad van 26 juni 2013 betreffende de jaarlijkse financiële overzichten, geconsolideerde financiële overzichten en aanverwante verslagen van bepaalde ondernemingsvormen, tot wijziging van Richtlijn 2006/43/EG van het Europees Parlement en de Raad en tot intrekking van Richtlijnen 78/660/EEG en 83/349/EEG van de Raad;

9° grote groep: een grote groep in de zin van de richtlijn 2013/34/EU van het Europees Parlement en de Raad van 26 juni 2013 betreffende de jaarlijkse financiële overzichten, geconsolideerde financiële overzichten en aanverwante verslagen van bepaalde ondernemingsvormen, tot wijziging van Richtlijn 2006/43/EG van het Europees Parlement en de Raad en tot intrekking van Richtlijnen 78/660/EEG en 83/349/EEG van de Raad;

10° bevoegd personeelslid: elk personeelslid van een overheidsinstantie dat op grond

van dit decreet gemachtigd is. De personeelsleden die bij de mechanismen ter beslechting van belastinggeschillen in de zin van dit decreet zijn betrokken, worden in elk geval geacht daartoe overeenkomstig de door de bevoegde autoriteiten vastgestelde regelingen bevoegd te zijn.

§ 2 – Tenzij de context anders vereist, hebben termen die in dit decreet niet worden gedefinieerd de betekenis die zij op dat ogenblik hebben uit hoofde van de betrokken overeenkomsten of verdragen als bedoeld in artikel 2, die van toepassing zijn op de datum van ontvangst van de eerste kennisgeving van de handeling die heeft geleid of zal leiden tot een geschilpunt. Bij gebreke van een definitie uit hoofde van dergelijke overeenkomsten of verdragen hebben termen die niet zijn gedefinieerd de betekenis die zij op dat moment hadden met betrekking tot de belastingen waarop genoemde overeenkomsten of verdragen van toepassing zijn, waarbij een betekenis krachtens de toepasselijke belastingwetgeving voorrang heeft op een betekenis die krachtens andere wetten aan de term wordt gegeven.

#### **Art. 4 – Klacht**

§ 1 – Elke belanghebbende heeft het recht een klacht in te dienen met betrekking tot een geschilpunt bij de bevoegde autoriteit, waarbij om de beslechting van het geschil wordt verzocht.

De klacht moet worden ingediend binnen een termijn van drie jaar, te rekenen vanaf de ontvangst van de eerste kennisgeving van de handeling die tot het geschilpunt aanleiding geeft of zal geven, ongeacht of de belanghebbende de ter beschikking staande rechtsmiddelen aanwendt.

De belanghebbende dient de klacht tegelijkertijd en met dezelfde gegevens bij de bevoegde autoriteit en bij elke buitenlandse autoriteit in en geeft in de klacht aan welke andere lidstaten betrokken zijn.

§ 2 – De bevoegde autoriteit bevestigt de ontvangst van de klacht binnen een termijn van twee maanden, te rekenen vanaf de ontvangst van de klacht.

De bevoegde autoriteit stelt tevens de buitenlandse autoriteit binnen de termijn vermeld in het eerste lid in kennis van die ontvangst.

De bevoegde autoriteit stelt de buitenlandse autoriteit op dat moment ook in kennis van de taal of talen waarin zij tijdens de desbetreffende procedurehandelingen wil communiceren.

§ 3 – De klacht vermeld in paragraaf 1 wordt alleen aanvaard indien de belanghebbende die de klacht indient de bevoegde autoriteit de volgende inlichtingen verschaft:

1° naam, adres, fiscaal identificatienummer en alle andere inlichtingen die nodig zijn voor de identificatie van de belanghebbende die de klacht heeft ingediend bij de bevoegde autoriteit, en van elke andere belanghebbende;

2° de betrokken belastingtijdvakken;

3° nadere informatie over de relevante feiten en omstandigheden van de zaak - met inbegrip van bijzonderheden over de structuur van de transactie en over de verhouding tussen de belanghebbende en de andere partijen bij de relevante transacties, alsmede van de feiten die te goeder trouw in een wederzijds bindende overeenkomst tussen de belanghebbende en de belastingdienst zijn vastgelegd, waar van toepassing - meer in het bijzonder de aard en de datum van de handelingen die aanleiding geven tot het geschilpunt - waaronder, in voorkomend geval, bijzonderheden over dezelfde in de andere lid-

staat ontvangen inkomsten en over de opnemings daarvan in de belastbare inkomsten in de andere lidstaat, en bijzonderheden over de belastingen die in verband met die inkomsten in de andere lidstaat zijn geheven of zullen worden geheven - alsmede de daarmee verband houdende bedragen in de valuta's van de betrokken lidstaten, met een afschrift van eventuele bewijsstukken;

4° een verwijzing naar de toepasselijke nationale regels en naar de overeenkomsten of verdragen als bedoeld in artikel 2. Indien meer dan één overeenkomst of verdrag van toepassing is, vermeldt de belanghebbende die de klacht indient welke overeenkomst of welk verdrag met betrekking tot het geschilpunt in kwestie wordt uitgelegd. Die overeenkomst of dat verdrag is voor de toepassing van dit decreet de toepasselijke overeenkomst of het toepasselijke verdrag;

5° de volgende informatie, verstrekt door de belanghebbende die de klacht heeft ingediend bij de bevoegde autoriteit, samen met een afschrift van eventuele bewijsstukken:

- a) een verklaring waarom de belanghebbende meent dat er sprake is van een geschilpunt;
- b) nadere bijzonderheden over elk door de belanghebbende ingesteld beroep en elke door de belanghebbende opgestarte rechtszaak met betrekking tot de relevante transacties, en over elke rechterlijke beslissing in verband met het geschilpunt;
- c) een toezegging van de belanghebbende dat hij zo volledig en zo snel mogelijk op alle toepasselijke verzoeken van de bevoegde autoriteit of van de buitenlandse autoriteit zal reageren en op verzoek van de bevoegde autoriteit of van de buitenlandse autoriteit alle documentatie zal verstrekken;
- d) in voorkomend geval, een afschrift van het definitieve besluit over de belastingaanslag — in de vorm van een definitieve belastingaanslag, een verslag van de belastingcontrole of een ander gelijkwaardig document — dat aanleiding geeft tot het geschilpunt, en een afschrift van elk ander document dat de belastingautoriteiten met betrekking tot het geschilpunt hebben verstrekt;
- e) in voorkomend geval, informatie over eventuele klachten die door de belanghebbende zijn ingediend uit hoofde van een andere procedure voor onderling overleg of uit hoofde van een andere geschilbeslechtsprocedure, als omschreven in artikel 17, § 5, en een uitdrukkelijke toezegging van de belanghebbende dat hij het bepaalde in artikel 17, § 5, zal naleven;

6° alle door de bevoegde autoriteit gevraagde specifieke aanvullende informatie die noodzakelijk wordt geacht voor een grondig onderzoek van de zaak in kwestie.

§ 4 – De bevoegde autoriteit kan om de in paragraaf 3, 6°, bedoelde informatie verzoeken binnen drie maanden, te rekenen vanaf de ontvangst van de klacht.

Indien dit door de bevoegde autoriteit nodig wordt geacht, kunnen verdere verzoeken om informatie worden gedaan tijdens de in artikel 5 bedoelde procedure voor onderling overleg.

Het verzoek bedoeld in paragraaf 3, 6°, mag niet leiden tot de openbaarmaking van een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze.

Een belanghebbende die een verzoek overeenkomstig paragraaf 3, 6°, ontvangt, antwoordt binnen drie maanden na ontvangst van het verzoek.

Tegelijkertijd wordt een afschrift van het antwoord bedoeld in het vierde lid toegezonden aan de buitenlandse autoriteit.

§ 5 – De bevoegde autoriteit neemt een besluit over de aanvaarding of afwijzing van de klacht binnen zes maanden na ontvangst van die klacht of binnen zes maanden na ontvangst van de in paragraaf 3, 6°, bedoelde informatie, indien dat later is.

De bevoegde autoriteit stelt de belanghebbende en de buitenlandse autoriteiten onverwijld in kennis van haar besluit.

De bevoegde autoriteit kan binnen de termijn vermeld in het eerste lid besluiten het geschilpunt eenzijdig te beslechten, zonder de buitenlandse autoriteiten erbij te betrekken. In dat geval stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende en de buitenlandse autoriteiten daarvan onverwijld in kennis; na die kennisgeving worden de procedurehandelingen betreffende die klacht beëindigd.

§ 6 – Een belanghebbende die een klacht wenst in te trekken, dient gelijktijdig bij elk van de bevoegde autoriteiten van de betrokken lidstaten een schriftelijke kennisgeving van intrekking in.

Met de kennisgeving vermeld in het eerste lid worden alle procedurehandelingen uit hoofde van dit decreet onmiddellijk beëindigd.

Als de bevoegde autoriteit een kennisgeving als bedoeld in het eerste lid ontvangt, stelt ze de buitenlandse autoriteiten onverwijld in kennis van die beëindiging van procedurehandelingen.

Indien een geschilpunt om welke reden dan ook ophoudt te bestaan, worden alle procedurehandelingen uit hoofde van dit decreet onmiddellijk beëindigd en stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende onverwijld in kennis van deze situatie met de opgave van de algemene redenen daarvoor.

#### **Art. 5 – Procedure voor onderling overleg**

§ 1 – Indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteiten een klacht als bedoeld in artikel 4 aanvaarden, trachten zij binnen een termijn van twee jaar, te rekenen vanaf de laatste kennisgeving van een besluit van een van de lidstaten tot aanvaarding van de klacht, het geschilpunt in onderling overleg te beslechten.

De termijn van twee jaar vermeld in het eerste lid kan met ten hoogste één jaar verlengd worden na een schriftelijk en gemotiveerd verzoekschrift van de bevoegde autoriteit aan alle buitenlandse autoriteiten.

§ 2 – Zodra de bevoegde autoriteit binnen de in paragraaf 1 vastgestelde termijn overeenstemming over de beslechting van het geschilpunt heeft bereikt met de andere betrokken lidstaten, stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende daarvan onverwijld in kennis in de vorm van een besluit dat bindend is voor de autoriteit en afdwingbaar door de belanghebbende, mits de belanghebbende het besluit aanvaardt en, indien toepasselijk, afziet van het recht om andere rechtsmiddelen aan te wenden.

Indien er reeds procedurehandelingen met betrekking tot dergelijke andere rechtsmiddelen waren begonnen, wordt het besluit enkel bindend en afdwingbaar zodra de belanghebbende ten overstaan van de bevoegde autoriteit bewijzen heeft verstrekt die aantonen dat er stappen zijn gezet om deze procedurehandelingen te beëindigen. Deze bewijzen worden verstrekt uiterlijk zestig dagen nadat de belanghebbende van het besluit vermeld in het eerste lid in kennis is gesteld. Het besluit wordt vervolgens onverwijld uitgevoerd, ongeacht de termijnen waarin de nationale wetgeving voorziet.

§ 3 – Indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteiten binnen de in paragraaf 1 vastgestelde termijn geen overeenstemming hebben bereikt over de beslechting van het geschilpunt, stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende daarvan in kennis,

met opgave van de algemene redenen waarom geen overeenstemming kon worden bereikt.

#### **Art. 6 – Besluit van de bevoegde autoriteit betreffende de klacht**

§ 1 – De bevoegde autoriteit kan binnen de in artikel 4, § 5, vastgestelde termijn tot afwijzing van een klacht besluiten wanneer:

1° de uit hoofde van artikel 4, § 3, vereiste inlichtingen ontbreken, waaronder informatie waarom uit hoofde van artikel 4, § 3, 6°, is verzocht en die niet binnen de in artikel 4, § 4, vastgestelde termijn is ingediend;

2° er geen sprake is van een geschilpunt of;

3° de klacht niet binnen de in artikel 4, § 1, bedoelde termijn van drie jaar is ingediend.

Wanneer de bevoegde autoriteit de belanghebbende daarvan overeenkomstig het bepaalde in artikel 4, § 5, in kennis stelt, geeft zij de algemene redenen voor de afwijzing vermeld in het eerste lid op.

§ 2 – Indien de bevoegde autoriteit binnen de in artikel 4, § 5, vastgestelde termijn geen besluit over de klacht heeft genomen, wordt de klacht geacht door de bevoegde autoriteit te zijn aanvaard.

§ 3 – Wanneer de bevoegde autoriteit en alle buitenlandse autoriteiten de klacht hebben afgewezen, heeft de belanghebbende het recht om overeenkomstig artikel 1385*decies* en artikel 1385*undecies* van het Gerechtelijk Wetboek beroep in te stellen tegen het besluit van de bevoegde autoriteit.

De belanghebbende die het recht van beroep vermeld in het eerste lid uitoefent, kan geen verzoek indienen uit hoofde van artikel 7, § 1, 1°:

1° zolang het besluit nog in beroep wordt behandeld;

2° wanneer het besluit tot afwijzing nog vatbaar is voor beroep in het kader van de beroepsprocedure van de betrokken lidstaten, of;

3° wanneer een besluit tot afwijzing is bevestigd in het kader van de in 1° bedoelde beroepsprocedure, maar het in een van de betrokken lidstaten niet mogelijk is af te wijken van het besluit van de betrokken rechtbank of andere gerechtelijke instanties.

Indien het recht van beroep is uitgeoefend, wordt het besluit van de betrokken rechtbank of andere gerechtelijke instantie in aanmerking genomen voor de toepassing van artikel 7, § 1, 1°.

#### **Art. 7 – Geschilbeslechting door de raadgevende commissie**

§ 1 – Op verzoek van de belanghebbende stellen de bevoegde autoriteiten overeenkomstig artikel 9 een raadgevende commissie in indien:

1° de klacht van die belanghebbende op grond van artikel 6, § 1, werd afgewezen door minstens één maar niet alle bevoegde autoriteiten, of;

2° de bevoegde autoriteiten de klacht van de belanghebbende hadden aanvaard, maar binnen de in artikel 5, § 1, vastgestelde termijn geen overeenstemming hebben kunnen bereiken over de beslechting van het geschilpunt in onderling overleg.

De belanghebbende kan een verzoek als bedoeld in het eerste lid enkel doen indien tegen de in artikel 6, § 1, bedoelde afwijzing, geen beroep kan worden ingesteld, geen beroep aanhangig is of de belanghebbende formeel afstand heeft gedaan van zijn recht van beroep. Het verzoek bevat een verklaring in die zin.

De belanghebbende doet het verzoek om een raadgevende commissie op te richten schriftelijk, uiterlijk vijftig dagen na ontvangst van de kennisgeving op grond van artikel 4, § 5, of artikel 5, § 3, of uiterlijk vijftig dagen na afgifte van het besluit door de betrokken rechtbank of gerechtelijke instantie krachtens artikel 6, § 3, naargelang het geval.

De raadgevende commissie wordt uiterlijk 120 dagen na ontvangst van het in het eerste lid vermelde verzoek ingesteld; zodra dat is gebeurd, stelt de voorzitter van deze commissie de belanghebbende daarvan onverwijld in kennis.

§ 2 – De in het geval van paragraaf 1, 1°, ingestelde raadgevende commissie neemt binnen zes maanden nadat zij is ingesteld een besluit over de aanvaarding van de klacht.

Zij stelt de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteiten in kennis van haar in het eerste lid vermelde besluit binnen dertig dagen na de vaststelling ervan.

Indien de raadgevende commissie heeft bevestigd dat aan alle voorschriften van artikel 4 is voldaan, wordt op verzoek van de bevoegde autoriteit of van een van de andere bevoegde autoriteiten de procedure voor onderling overleg van artikel 5 opgestart.

Als de bevoegde autoriteit zou besluiten om de procedure voor onderling overleg vermeld in het derde lid op te starten, stelt ze de raadgevende commissie, de buitenlandse autoriteiten en de belanghebbende in kennis van dat verzoek.

De in artikel 5, § 1, genoemde termijn begint vanaf de datum van de kennisgeving van het besluit dat de raadgevende commissie betreffende de aanvaarding van de klacht heeft genomen.

Indien noch de bevoegde autoriteit, noch een buitenlandse autoriteit binnen een termijn van zestig dagen na de datum van de kennisgeving van het besluit van de raadgevende commissie heeft verzocht om de procedure voor onderling overleg op te starten, brengt de raadgevende commissie overeenkomstig artikel 15, § 1, advies uit over de beslechting van het geschilpunt. In dat geval wordt, voor de toepassing van artikel 15, § 1, de raadgevende commissie geacht te zijn ingesteld op de datum waarop de termijn van zestig dagen verstrijkt.

#### ***Art. 8 – Benoemingen door bevoegde rechtbanken***

§ 1 – Indien een raadgevende commissie niet is ingesteld binnen de in artikel 7, § 1, vastgestelde termijn, kan de belanghebbende in kwestie zich wenden tot een bevoegde rechtbank om de raadgevende commissie in te stellen.

Indien de bevoegde autoriteit heeft nagelaten ten minste één vooraanstaande onafhankelijke persoon en een plaatsvervanger te benoemen binnen de termijn gesteld in paragraaf 2, kan de belanghebbende de bevoegde rechtbank verzoeken een vooraanstaande onafhankelijke persoon en een plaatsvervanger te benoemen uit de in artikel 10 bedoelde lijst.

Indien zowel de bevoegde autoriteit als de buitenlandse autoriteiten zulks hebben nagelaten, kan de belanghebbende de bevoegde rechtbank verzoeken de beide vooraanstaande onafhankelijke personen te benoemen uit de in artikel 10 bedoelde lijst.

Deze vooraanstaande onafhankelijke personen benoemen overeenkomstig artikel 9, § 3, de voorzitter door loting uit de lijst van onafhankelijke personen.

Belanghebbenden delen hun verzoek om de vooraanstaande onafhankelijke personen en hun plaatsvervangers te benoemen mee aan elk van hun respectieve woonstaten indien meer dan één belanghebbende bij de procedurehandelingen betrokken is, dan wel aan de lidstaten waarvan de bevoegde autoriteiten hebben nagelaten ten minste één vooraanstaande onafhankelijke persoon en een plaatsvervanger te benoemen indien het slechts één belanghebbende betreft.

§ 2 – De benoemingen overeenkomstig paragraaf 1 worden pas aan de bevoegde rechtbank voorgelegd na het verstrijken van de in artikel 7, § 1, genoemde termijn van 120 dagen, en binnen een termijn van dertig dagen na het verstrijken van die termijn.

§3 – In de gevallen vermeld in paragraaf 1 benoemt de bevoegde rechtbank de vooraanstaande onafhankelijke personen overeenkomstig artikel 1680, § 1, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek. De bevoegde rechtbank deelt dit besluit mee aan de bevoegde autoriteit die op haar beurt onverwijld de buitenlandse autoriteit in kennis stelt.

De bevoegde autoriteit van de lidstaat die in eerste instantie heeft nagelaten de vooraanstaande onafhankelijke persoon en diens plaatsvervanger te benoemen, kan beroep aantekenen tegen het besluit van de rechtbank of nationale benoemingsinstantie in die lidstaat, op voorwaarde dat de bevoegde autoriteit hiertoe het recht heeft krachtens nationale wetgeving. In geval van een afwijzing heeft de verzoeker het recht om tegen de uitspraak van de rechtbank beroep in te stellen overeenkomstig de nationale procedurevoorschriften.

#### **Art. 9 – Raadgevende commissie**

§ 1 – De in artikel 7 bedoelde raadgevende commissie is als volgt samengesteld:

1° één voorzitter;

2° één vertegenwoordiger van elke betrokken bevoegde autoriteit. Indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit het erover eens zijn, kan het aantal vertegenwoordigers worden verhoogd tot twee per bevoegde autoriteit;

3° één vooraanstaande onafhankelijke persoon die door elke bevoegde autoriteit van de betrokken lidstaten wordt benoemd uit de in artikel 10 bedoelde lijst. Indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit het erover eens zijn, kan het aantal benoemde personen worden verhoogd tot twee per bevoegde autoriteit.

§ 2 – De bepalingen voor de benoeming van de vooraanstaande onafhankelijke personen vermeld in paragraaf 1, 3°, worden overeengekomen tussen de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteiten.

Na de benoeming van de vooraanstaande onafhankelijke personen wordt in overeenstemming met de voor de benoeming van de onafhankelijke personen geldende bepalingen voor ieder van hen een plaatsvervanger benoemd voor gevallen waarin de onafhankelijke personen verhinderd zijn hun functie uit te oefenen.

§ 3 – Indien er over de bepalingen voor de benoeming van vooraanstaande onafhankelijke personen geen overeenstemming is bereikt overeenkomstig paragraaf 2, geschiedt de benoeming van die personen door loting.

§ 4 – Tenzij de vooraanstaande onafhankelijke personen door de bevoegde rechtbank volgens de bepalingen van artikel 8, § 1, zijn benoemd, kan de bevoegde autoriteit bezwaar maken tegen de benoeming van een bepaalde vooraanstaande onafhankelijke persoon om elke vooraf tussen de betrokken bevoegde autoriteiten overeengekomen reden of om een van de volgende redenen:

1° deze persoon behoort tot of werkt namens een van de betrokken belastingadministraties of heeft op een bepaald moment tijdens de drie voorafgaande jaren in die situatie verkeerd;

2° deze persoon heeft een deelneming van betekenis of stemrecht in een van de belanghebbenden in kwestie - of heeft die er in de loop van de vijf jaar vóór zijn benoeming gehad - of is er werknemer of adviseur - of is dat in de loop van de vijf jaar vóór zijn benoeming geweest;

3° deze persoon biedt onvoldoende garanties om het geschil of de geschillen objectief te behandelen;

4° deze persoon is een werknemer van een bedrijf dat belastingadvies verleent of anderszins beroepsmatig belastingadvies verleent, of heeft in de loop van een periode van ten minste drie jaar vóór zijn benoeming in die situatie verkeerd.

§ 5 – De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kunnen eisen dat een overeenkomstig paragraaf 2 of paragraaf 3 benoemde vooraanstaande persoon of diens plaatsvervanger opening van zaken geeft wat betreft belangen, relaties of andere aangelegenheden die naar verwachting de onafhankelijkheid of onpartijdigheid van die persoon kunnen beïnvloeden, of waarvan redelijkerwijs kan worden aangenomen dat die persoon de procedurehandelingen met vooringenomenheid zal ingaan.

Gedurende een periode van twaalf maanden nadat het besluit van de raadgevende commissie is genomen, mag een vooraanstaande onafhankelijke persoon die deel uitmaakt van de raadgevende commissie, niet in een situatie verkeren die voor een bevoegde autoriteit een aanleiding zou zijn geweest om bezwaar te maken tegen zijn benoeming, als bedoeld in deze paragraaf, indien die persoon in die situatie had verkeerd op het moment van de benoeming voor de bewuste raadgevende commissie.

§ 6 – De vertegenwoordigers van de bevoegde autoriteiten en de vooraanstaande onafhankelijke personen die overeenkomstig paragraaf 1 zijn benoemd, kiezen een voorzitter uit de in artikel 10 bedoelde lijst van personen. Tenzij anders is overeengekomen door de vertegenwoordigers van elke bevoegde autoriteit en de vooraanstaande onafhankelijke personen, is de voorzitter een rechter.

### ***Art. 10 – Lijst van vooraanstaande onafhankelijke personen***

§ 1 – De lijst van vooraanstaande onafhankelijke personen bestaat uit alle door de lidstaten benoemde vooraanstaande onafhankelijke personen.

De Regering benoemt daartoe ten minste drie personen die bekwaam en onafhankelijk zijn, en in staat zijn onpartijdig en integer te handelen. De Regering kan daarvoor een samenwerkingssakkoord sluiten.

§ 2 – De Regering stelt de Europese Commissie in kennis van de namen van de vooraanstaande onafhankelijke personen die zij heeft benoemd.

De Regering verstrekt de Europese Commissie tevens volledige en actuele informatie over de professionele en academische achtergrond, bekwaamheid en deskundigheid van deze personen en over elk belangenconflict dat zij mogelijk hebben.

De Regering kan in de kennisgeving specificeren welke van deze personen als voorzitter kan worden benoemd.

§ 3 – De Regering stelt de Europese Commissie onverwijld in kennis van alle wijzigingen die in de lijst van onafhankelijke personen worden aangebracht.

De Regering legt procedures vast voor de verwijdering van de lijst van vooraanstaande onafhankelijke personen van een door haar benoemde persoon die niet langer onafhankelijk is.

Indien de Regering, rekening houdend met de desbetreffende bepalingen van dit artikel, gegronde redenen heeft om er bezwaar tegen te maken dat een vooraanstaande onafhankelijke persoon op de bovengenoemde lijst blijft staan vanwege een gebrek aan onafhankelijkheid, stelt zij de Europese Commissie daarvan in kennis en onderbouwt zij haar bezorgdheid met passende bewijzen.

De Europese Commissie stelt op haar beurt België in kennis van de bezwaren en desbetreffende bewijzen van een andere lidstaat tegen de onafhankelijkheid van een vooraanstaande onafhankelijke persoon. De Regering onderzoekt die bezwaren en desbetreffende bewijzen binnen zes maanden en besluit of de persoon op de lijst gehandhaafd wordt of van de lijst verwijderd wordt.

De Regering stelt de Europese Commissie dan onverwijld in kennis van haar besluit.

#### ***Art. 11 – Commissie voor alternatieve geschilbeslechting***

§ 1 – De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kunnen overeenkomen om in plaats van de in artikel 9 vermelde raadgevende commissie een commissie voor alternatieve geschilbeslechting in te stellen om overeenkomstig artikel 15 advies uit te brengen over de beslechting van het geschilpunt.

De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kunnen tevens overeenkomen een commissie voor alternatieve geschilbeslechting in te stellen in de vorm van een commissie van permanente aard als zogenaamde 'permanente commissie'.

§ 2 – Behalve wat betreft de bepalingen van artikel 9, §§ 4 en 5, inzake de onafhankelijkheid van haar leden, kan de commissie voor alternatieve geschilbeslechting qua vorm en samenstelling verschillen van de raadgevende commissie.

Een commissie voor alternatieve geschilbeslechting kan, waar passend, elke geschilbeslechtingsprocedure of -techniek toepassen om het geschilpunt op bindende wijze op te lossen. De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteiten kunnen overeenkomen dat de commissie voor alternatieve geschilbeslechting andere soorten geschilbeslechtingsprocedures kan toepassen.

§ 3 – De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit komen de werkingsregels van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting als bedoeld in artikel 12 overeen.

§ 4 – De artikelen 13 en 14 zijn van toepassing op de commissie voor alternatieve geschilbeslechting, tenzij in de werkingsregels als bedoeld in artikel 12 anders is overeengekomen.

#### ***Art. 12 – Werkingsregels van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting***

§ 1 – De bevoegde autoriteit stelt de belanghebbende binnen de in artikel 7, § 1, vastgestelde termijn van 120 dagen in kennis van het volgende:

1° de werkingsregels van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting;

2° de termijn waarbinnen het advies over de beslechting van het geschilpunt moet worden uitgebracht;

3° verwijzingen naar alle toepasselijke bepalingen van intern recht van de lidstaten en alle toepasselijke overeenkomsten of verdragen.

§ 2 – De werkingsregels worden ondertekend tussen de bevoegde autoriteit en de bevoegde autoriteiten van de lidstaten die bij het geschil betrokken zijn.

De werkingsregels bevatten met name het volgende:

1° de beschrijving en de kenmerken van het geschilpunt;

2° het mandaat waarover de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit overeenstemming bereiken wat de te regelen juridische en feitelijke kwesties betreft;

3° de vorm van het geschilbeslechtsorgaan, ofwel een raadgevende commissie, ofwel een commissie voor alternatieve geschilbeslechting, alsmede het soort procedure voor de alternatieve geschilbeslechting, indien de procedure verschilt van die van het onafhankelijke advies door een raadgevende commissie;

4° het tijdschema van de geschilbeslechtsprocedure;

5° de samenstelling van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting, met inbegrip van het aantal en de namen van de leden, gegevens over hun bekwaamheid en kwalificaties, en informatie over eventuele belangenconflicten van de leden;

6° de regels voor deelname van de belanghebbende (belanghebbenden) en derde partijen aan de procedurehandelingen, de uitwisselingen van memoranda, inlichtingen en bewijsstukken, de kosten, het soort geschilbeslechtsprocedure dat gebruikt wordt en alle andere relevante procedurele of organisatorische aangelegenheden;

7° de logistieke regelingen voor de procedurehandelingen van de raadgevende commissie en het uitbrengen van haar advies.

Indien een raadgevende commissie is ingesteld om overeenkomstig artikel 7, § 1, eerste lid, 1°, advies uit te brengen, dan bevatten de werkingsregels alleen de in artikel 12, § 2, tweede lid, 1°, 4°, 5° en 6°, bedoelde informatie.

§ 3 – In gevallen waarin de werkingsregels onvolledig zijn of waarin aan de belanghebbende geen kennis werd gegeven van de werkingsregels, zijn de door de Europese Commissie vastgelegde standaardwerkingsregels van toepassing.

§ 4 – Indien de bevoegde autoriteiten geen kennis hebben gegeven van de werkingsregels aan de belanghebbende overeenkomstig paragraaf 1 en paragraaf 2, worden deze door de vooraanstaande onafhankelijke personen en de voorzitter op basis van het in paragraaf 3 bedoelde standaardformulier aangevuld en aan de belanghebbende toegezonden binnen een termijn van twee weken, te rekenen vanaf de datum waarop de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting is ingesteld.

Wanneer de onafhankelijke personen en de voorzitter geen overeenstemming hebben bereikt over de werkingsregels of de belanghebbende daarvan niet in kennis hebben gesteld, kunnen de belanghebbenden zich tot de bevoegde rechtbank bedoeld in artikel 1680 van het Gerechtelijk Wetboek wenden om een beschikking te verkrijgen die bevel geeft tot toepassing van de werkingsregels.

### **Art. 13 – Kosten van de procedurehandelingen**

§ 1 – Met uitzondering van het bepaalde in paragraaf 2, en tenzij de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit anders zijn overeengekomen, worden de hierna genoemde kosten gelijk over de lidstaten verdeeld:

1° de uitgaven van de vooraanstaande onafhankelijke personen, die een bedrag vormen dat gelijk is aan het gemiddelde van de gebruikelijke terugbetaling aan hoge ambtenaren van de betrokken lidstaten, en;

2° de vergoeding van de onafhankelijke personen, indien van toepassing, die beperkt is tot 1.000 euro per persoon per dag voor iedere dag dat de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting bijeenkomt.

De kosten die de belanghebbende maakt, worden niet door de lidstaten gedragen.

§ 2 – Indien de belanghebbende:

1° een kennisgeving van intrekking van de klacht heeft ingediend, overeenkomstig artikel 4, § 6, of

2° na een afwijzing uit hoofde van artikel 6, § 1, een verzoek overeenkomstig artikel 7, § 1, heeft ingediend en de raadgevende commissie heeft besloten dat de betrokken bevoegde autoriteiten de klacht terecht hebben afgewezen,

en indien de bevoegde autoriteiten van de betrokken lidstaten het erover eens zijn, worden alle kosten als bedoeld in paragraaf 1, 1° en 2°, gedragen door de belanghebbende.

#### **Art. 14 – Inlichtingen, bewijsmiddelen en hoorzittingen**

§ 1 – Ten behoeve van de in artikel 7 bedoelde procedure kunnen de belanghebbenden, indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit het erover eens zijn, aan de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting alle inlichtingen, bewijsmiddelen en stukken verschaffen die van dienst kunnen zijn om tot een besluit te komen.

Op verzoek van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting verschaffen de belanghebbenden en de bevoegde autoriteit alle inlichtingen, bewijsmiddelen en stukken.

De bevoegde autoriteit mag in de volgende gevallen echter weigeren om inlichtingen aan de raadgevende commissie te verstrekken:

1° voor het verkrijgen van de inlichtingen moeten administratieve maatregelen worden genomen die in strijd zijn met de nationale wetgeving;

2° de inlichtingen zijn op grond van de nationale wetgeving niet verkrijgbaar;

3° de inlichtingen hebben betrekking op handelsgeheimen, bedrijfsgeheimen, nijverheidsgeheimen, beroepsgeheimen of op een fabrieks- of handelswerkwijze;

4° de bekendmaking van de inlichtingen is in strijd met de openbare orde.

§ 2 – Belanghebbenden kunnen op eigen verzoek en met instemming van de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit voor een raadgevende commissie of een commissie voor alternatieve geschilbeslechting verschijnen of zich daar laten vertegenwoordigen.

Indien de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting zulks verlangt, zijn de belanghebbenden gehouden voor haar te verschijnen of zich er te laten vertegenwoordigen.

#### **Art. 15 – Advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting**

§ 1 – Een raadgevende commissie of commissie voor alternatieve geschilbeslechting brengt uiterlijk zes maanden na de datum waarop zij is ingesteld, advies uit aan de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit.

Indien de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting van oordeel is dat het geschilpunt van zodanige aard is dat meer dan zes maanden nodig zijn om advies te kunnen uitbrengen, kan de in het eerste lid vermelde termijn met drie maanden worden verlengd.

De raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting stelt de bevoegde autoriteit, de buitenlandse autoriteit en de belanghebbenden van elke verlenging in kennis.

§ 2 – De raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting baseert haar advies op de bepalingen van de toepasselijke overeenkomsten of verdragen, bedoeld in artikel 2, alsmede op eventuele toepasselijke nationale voorschriften en de soortgelijke voorschriften van de andere betrokken lidstaat.

§ 3 – De raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting neemt haar advies aan met gewone meerderheid van leden.

Indien geen meerderheid kan worden bereikt, is de stem van de voorzitter bepalend voor het definitieve advies.

De voorzitter deelt het advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting mee aan de bevoegde autoriteiten.

#### **Art. 16 – Eindbesluit**

§ 1 – Binnen een termijn van zes maanden na de kennisgeving van het advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting bereiken de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit overeenstemming over de beslechting van het geschilpunt.

§ 2 – De bevoegde autoriteit kan, in overeenstemming met de buitenlandse autoriteit, een besluit nemen dat afwijkt van het advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting. Indien zij er echter niet in slagen overeenstemming over de beslechting van het geschilpunt te bereiken, zijn zij aan dat advies gebonden.

§ 3 – De bevoegde autoriteit brengt het eindbesluit betreffende de beslechting van het geschilpunt onverwijld ter kennis van de belanghebbende.

Indien de belanghebbende niet binnen een termijn van dertig dagen na het nemen van het besluit daarvan in kennis is gesteld, kan hij overeenkomstig de toepasselijke nationale voorschriften in zijn lidstaat van woonplaats beroep instellen om het eindbesluit te verkrijgen.

§ 4 – Het eindbesluit is bindend voor de betrokken lidstaten, maar vormt geen precedent.

Het eindbesluit wordt ten uitvoer gelegd mits de belanghebbenden het aanvaarden en afzien van het recht om enig internrechtelijk rechtsmiddel aan te wenden binnen zestig dagen vanaf de datum waarop het eindbesluit ter kennis is gebracht, indien van toepassing.

Het eindbesluit wordt niet ten uitvoer gelegd indien in een vonnis of arrest wordt vast-

gesteld dat de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting onvoldoende onafhankelijk was overeenkomstig artikel 9, §§ 4 en 5.

Indien het eindbesluit niet ten uitvoer werd gelegd, kan de belanghebbende overeenkomstig artikel 1385*decies* en artikel 1385*undecies* van het Gerechtelijk Wetboek een vordering indienen bij de rechtbank van eerste aanleg die het eindbesluit niet ten uitvoer heeft gelegd, teneinde de tenuitvoerlegging ervan af te dwingen.

#### **Art. 17 – Wisselwerking met nationale procedures en afwijkingen**

§ 1 – De belanghebbende kan gebruik maken van de procedure bedoeld in dit decreet, zelfs wanneer een belastingaanslag definitief wordt.

§ 2 – Het feit dat het geschilpunt het voorwerp is van een procedure voor onderling overleg als bedoeld in artikel 5 of een geschilbeslechtingsprocedure als bedoeld in artikel 7, belet de Duitstalige Gemeenschap niet om voor diezelfde zaak gerechtelijke procedures of procedures met het oog op de toepassing van administratieve en strafrechtelijke sancties in te stellen of voort te zetten.

§ 3 – Wanneer de belanghebbende evenwel een procedure tot aanwending van een dergelijk rechtsmiddel heeft ingesteld, gaan de respectievelijk in artikel 4, § 5, en artikel 5, § 1, genoemde termijnen pas in op de datum waarop de beslissing in die procedure in kracht van gewijsde is gegaan of waarop die procedurehandelingen anderszins definitief zijn gesloten of wanneer de procedurehandelingen zijn opgeschort.

§ 4 – Indien de bevoegde rechtbank een beslissing over een geschilpunt heeft genomen die in kracht van gewijsde is gegaan en indien de Duitstalige Gemeenschap niet van die beslissing mag afwijken, stelt de bevoegde autoriteit de andere bevoegde autoriteiten in kennis van de beslissing van die rechtbank en:

1° (het feit dat) de in artikel 5 bedoelde procedure voor onderling overleg wordt beëindigd vanaf de dag van die kennisgeving, in het geval er op voormelde datum van kennisgeving nog geen overeenstemming is bereikt over het geschilpunt;

2° de belanghebbende kan artikel 7, § 1, niet meer inroepen indien het geschilpunt opgelost is gebleven tijdens de in artikel 5 bedoelde procedure voor onderling overleg;

3° de geschilbeslechtingsprocedure krachtens artikel 7 wordt beëindigd indien de beslissing van de bevoegde rechtbank of andere gerechtelijke instantie is genomen nadat een verzoek door een belanghebbende was ingediend uit hoofde van artikel 7, § 1, maar voordat de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting overeenkomstig artikel 15 aan de bevoegde autoriteiten van de betrokken lidstaten advies heeft uitgebracht. In dat geval stelt de bevoegde autoriteit de buitenlandse autoriteiten en de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting in kennis van de gevolgen van de beslissing van de bevoegde rechtbank of andere gerechtelijke instantie.

§ 5 – De indiening van een klacht zoals voorzien in artikel 4 maakt een einde aan alle andere lopende procedurehandelingen volgens de procedure voor onderling overleg of de geschilbeslechtingsprocedure uit hoofde van een overeenkomst die of een verdrag dat wordt uitgelegd of toegepast in verband met het desbetreffende geschilpunt. Dergelijke lopende procedurehandelingen betreffende het desbetreffende geschilpunt worden beëindigd met ingang van de datum van de eerste ontvangst van de klacht door een van de bevoegde autoriteiten van de betrokken lidstaten.

§ 6 – In afwijking van artikel 7 mag de bevoegde autoriteit de toegang tot de geschilbeslechtingsprocedure uit hoofde van dat artikel weigeren indien in de interne rechtsorde

sancties zijn opgelegd in verband met gecorrigeerde inkomsten of gecorrigeerd vermogen voor belastingfraude, opzettelijk verzuim en grove nalatigheid. Wanneer er een gerechtelijke of administratieve procedure is opgestart die aanleiding zou kunnen geven tot dergelijke sancties, en deze procedure gelijktijdig met een van de in dit decreet bedoelde procedures wordt gevoerd, kan een bevoegde autoriteit de in dit decreet bedoelde procedure schorsen vanaf de datum van aanvaarding van de klacht tot de datum van het uiteindelijke resultaat van de procedure.

§ 7 – De bevoegde autoriteit kan toegang tot de geschilbeslechtsprocedure uit hoofde van artikel 7 van geval tot geval weigeren indien een geschilpunt geen betrekking heeft op dubbele belasting. In dat geval stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende en de buitenlandse autoriteiten daarvan onverwijld in kennis.

#### **Art. 18 – Bijzondere bepalingen voor natuurlijke personen en kleine ondernemingen**

§ 1 – De belanghebbende kan de klachten, de antwoorden op een verzoek om aanvullende informatie, de intrekkingen en de verzoeken vermeld in respectievelijk artikel 4, § 1, artikel 4, § 4, artikel 4, § 6, en artikel 7, § 1, (hierna: 'mededelingen'), bij wijze van afwijking van die bepalingen alleen indienen bij de bevoegde autoriteit of de buitenlandse autoriteit van de staat waar de belanghebbende zijn woonplaats heeft, indien de belanghebbende hetzij:

1° een natuurlijke persoon is, of

2° geen grote onderneming is of geen deel uitmaakt van een grote groep.

De bevoegde autoriteit stelt de buitenlandse autoriteit daarvan in kennis binnen twee maanden na ontvangst van deze mededelingen. Zodra een dergelijke kennisgeving is geschied, wordt de belanghebbende geacht de mededeling op de datum van die kennisgeving bij alle betrokken lidstaten te hebben ingediend.

§ 2 – Indien er aanvullende informatie wordt ontvangen uit hoofde van artikel 4, § 4, zendt de bevoegde autoriteit die de aanvullende informatie heeft ontvangen, een afschrift daarvan toe aan de buitenlandse autoriteit. Zodra dat afschrift is toegezonden, wordt de aanvullende informatie geacht door alle betrokken lidstaten te zijn ontvangen op de datum waarop deze ontvangst van informatie heeft plaatsgevonden.

#### **Art. 19 – Openbaarmaking**

§ 1 – Raadgevende commissies en commissies voor alternatieve geschilbeslechting brengen hun adviezen bedoeld in artikel 15 schriftelijk uit.

§ 2 – De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kunnen overeenkomen de in artikel 16 bedoelde eindbesluiten in hun geheel te publiceren, indien alle belanghebbenden daarmee instemmen.

§ 3 – Indien de bevoegde autoriteiten of de belanghebbende niet met de publicatie van het volledige eindbesluit instemmen, publiceren de bevoegde autoriteiten een samenvatting van het eindbesluit.

Deze samenvatting bevat een beschrijving van de kwestie en het onderwerp, de datum, de betrokken belastingtijdvakken, de rechtsgrondslag, de bedrijfstak en een beknopte beschrijving van het uiteindelijke resultaat. Deze samenvatting omvat ook een beschrijving van de gebruikte wijze van arbitrage.

De bevoegde autoriteit zendt de overeenkomstig het eerste lid te publiceren informatie

vóór de publicatie ervan toe aan de belanghebbende. Uiterlijk zestig dagen na de ontvangst van deze informatie kan de belanghebbende de bevoegde autoriteit verzoeken geen informatie te publiceren die op een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of op een fabrieks- of handelswerkwijze betrekking heeft, of die in strijd is met de openbare orde.

§ 4 – De bevoegde autoriteit stelt de Europese Commissie onverwijld in kennis van de overeenkomstig paragraaf 3 te publiceren informatie.

#### ***Art. 20 – Geheimhoudingsplicht***

§ 1 – De leden van een raadgevende commissie of een commissie voor alternatieve geschilbeslechting zijn tot de meest volstrekte geheimhouding gehouden betreffende de informatie die zij verkrijgen in hun hoedanigheid van lid van een raadgevende commissie of een commissie voor alternatieve geschilbeslechting.

§ 2 – De belanghebbende en zijn vertegenwoordiger behandelen alle informatie, met inbegrip van kennis van documenten, die zij tijdens de procedurehandelingen krijgen, als vertrouwelijk.

Op verzoek van de bevoegde autoriteit leggen de belanghebbende en zijn vertegenwoordiger een verklaring af dat zij alle informatie, met inbegrip van kennis van documenten, die zij tijdens de procedurehandelingen krijgen, als vertrouwelijk behandelen.

#### ***Art. 21 – Schending van de geheimhoudingsplicht***

De schending van de in artikel 20 bepaalde geheimhoudingsplicht wordt bestraft overeenkomstig artikel 458 van het Strafwetboek.

#### ***Artikel 22 – Inwerkingtreding***

Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 juli 2019 voor geschillen over opbrengsten of kapitaal verkregen in een inkomstenjaar dat begint op of na 1 januari 2018.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President  
O. PAASCH

### Omzettingstabellen

| Bepalingen in de<br>richtlijn (EU) 2017/1852 | Bepalingen in<br>dit decreet |
|----------------------------------------------|------------------------------|
| Artikel 1                                    | Artikel 2                    |
| Artikel 2                                    | Artikel 3                    |
| Artikel 3                                    | Artikel 4                    |
| Artikel 4                                    | Artikel 5                    |
| Artikel 5                                    | Artikel 6                    |
| Artikel 6                                    | Artikel 7                    |
| Artikel 7                                    | Artikel 8                    |
| Artikel 8                                    | Artikel 9                    |
| Artikel 9                                    | Artikel 10                   |
| Artikel 10                                   | Artikel 11                   |
| Artikel 11                                   | Artikel 12                   |
| Artikel 12                                   | Artikel 13                   |
| Artikel 13, lid 1 en lid 2                   | Artikel 14                   |
| Artikel 13, lid 3                            | Artikel 20 en 21             |
| Artikel 14                                   | Artikel 15                   |
| Artikel 15                                   | Artikel 16                   |
| Artikel 16                                   | Artikel 17                   |
| Artikel 17                                   | Artikel 18                   |
| Artikel 18, lid 1 tot lid 3 en lid 5         | Artikel 19 §1 tot §4         |
| Artikel 18, lid 4                            | Hoeft niet te worden omgezet |
| Artikel 19                                   | Hoeft niet te worden omgezet |
| Artikel 20                                   | Hoeft niet te worden omgezet |
| Artikel 21                                   | Hoeft niet te worden omgezet |
| Artikel 22                                   | Hoeft niet te worden omgezet |
| Artikel 23, eerste alinea                    | Hoeft niet te worden omgezet |
| Artikel 23, tweede alinea                    | Artikel 22                   |
| Artikel 24                                   | Hoeft niet te worden omgezet |

| Bepalingen in<br>dit decreet | Bepalingen in de<br>richtlijn (EU) 2017/1852 |
|------------------------------|----------------------------------------------|
| Artikel 1                    | -                                            |
| Artikel 2                    | Artikel 1                                    |
| Artikel 3                    | Artikel 2                                    |
| Artikel 4                    | Artikel 3                                    |
| Artikel 5                    | Artikel 4                                    |
| Artikel 6                    | Artikel 5                                    |
| Artikel 7                    | Artikel 6                                    |
| Artikel 8                    | Artikel 7                                    |
| Artikel 9                    | Artikel 8                                    |
| Artikel 10                   | Artikel 9                                    |
| Artikel 11                   | Artikel 10                                   |
| Artikel 12                   | Artikel 11                                   |
| Artikel 13                   | Artikel 12                                   |
| Artikel 14                   | Artikel 13, lid 1 en lid 2                   |
| Artikel 15                   | Artikel 14                                   |
| Artikel 16                   | Artikel 15                                   |
| Artikel 17                   | Artikel 16                                   |
| Artikel 18                   | Artikel 17                                   |
| Artikel 19                   | Artikel 18, lid 1 tot lid 3 en lid 5         |
| Artikel 20                   | Artikel 13, lid 3                            |
| Artikel 21                   | Artikel 13, lid 3                            |

|            |                            |
|------------|----------------------------|
| Artikel 22 | Artikel 23 , tweede alinea |
|------------|----------------------------|